

(A)

Beginn: 10.06 Uhr

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 61. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen und begrüße Sie alle sehr herzlich - auch die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich 22 Abgeordnete

(Oh-Rufe)

entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Seinen Geburtstag feiert heute Herr Abgeordneter Dr. Horst-Ludwig Riemer von der Fraktion der F.D.P. Herr Kollege, herzlichen Glückwunsch im Namen des Hohen Hauses!

(Allgemeiner Beifall)

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 1 auf:

(B)

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Nachtragshaushalt 1992)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/3214

Beschlußempfehlung und
Bericht des Haushalts-
und Finanzausschusses
- zur zweiten Lesung -
Drucksache 11/3450

dritte Lesung

Meine Damen und Herren, da nach der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs keine weitere Ausschlußbera-

(C)

tung stattgefunden hat, ist auch für die heutige Sitzung die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung, die Ihnen mit Drucksache 11/3450 vorliegt, Beratungsgrundlage. In die Beratung mit einbezogen werden die zur zweiten Lesung vorgelegten Entschließungsanträge der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion der CDU Drucksache 11/3523, der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/3525 sowie der Fraktion der SPD Drucksache 11/3527.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Schauerte für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Schauerte (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die dritte Lesung dieses Nachtragshaushalts sollte eine Lesung nachdenklicher Art werden, die wir dazu nutzen, einmal eine finanzpolitische Standortbestimmung des Landes Nordrhein-Westfalen und der notwendigen Antworten, die wir geben müssen, zu versuchen. Der Nachtragshaushalt selbst ist wenige Monate nach der Verabschiedung des Haushalts eigentlich - das haben die vorangegangenen Debatten in der zweiten und ersten Lesung gezeigt - ein Sammelsurium von unzureichenden Antworten auf nicht ausreichend gestellte Fragen. Zu allem, was wirklich wichtig ist, schweigt er.

(D)

Ich löse mich deswegen von diesen nichtssagenden und zum Teil irreführenden Zahlen ein wenig und versuche einmal eine Standortbestimmung für die nordrhein-westfälische Finanzpolitik.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Herausforderungen, die uns die Geschichte auf den Tisch gelegt hat, liegen nicht nur auf dem Tisch in Bonn oder sonstwo, sondern sie liegen genauso auf unserem Tisch: auf dem Tisch der Politik des Landes Nordrhein-Westfalen - immerhin des mit Abstand größten Landes des wiedervereinigten Deutschland, in dem ein Viertel bis ein Fünftel der Probleme stattfinden oder nicht stattfinden, in dem ein Viertel bis ein Fünftel der Wirtschaftskraft stattfindet, in dem ein Viertel bis ein Fünftel der Einwohner leben und arbeiten.

(A) (Schauerte [CDU])

In einer solchen Zeit ist kein Platz für Polemik, kein Platz für ein Schwarzer-Peter-Spiel oder kleinkarierte Verteilungs- und Vorteilssuche und für taktische Spiele. Gefragt ist die ganzheitliche Sicht. Wir in NRW müssen auch Verantwortung für das Ganze tragen.

(Minister Schwier: Sehr gut!)

Vor dem Hintergrund einer hochverletzlichen Konjunkturlage wird diese Fragestellung noch wichtiger. Wir kennen die Fakten und die Zahlen. Die Frage ist nur, ob wir genügend Mut haben, auch die Konsequenzen daraus zu ziehen. Ich darf sie einmal in Erinnerung rufen: Wir haben noch ein Wachstum zwischen 1 und 2 % real. Wir haben nach den neuesten Zahlen von heute eine Inflation von 4,7 %; das heißt schlicht und ergreifend: Zwei Drittel unseres Steuerzuwachses, zwei Drittel unseres Einnahmewachses sind inflationär aufgebläht und eigentlich nicht das Papier wert, auf dem sie stehen. Das ist kein wirklicher materieller Handlungsspielraum, sondern das werden immer weniger wichtige Zahlen, wenn diese Entwicklung so weitergeht.

(B) Wie antworten wir darauf? Wenn wir genau hinsehen, Herr Schleußer, machen wir immer noch so weiter wie bisher. Beispiel dafür ist die mittelfristige Finanzplanung. Wenn Sie sich die mittelfristige Finanzplanung des Landes ansehen, dann werden Sie feststellen, daß es darin gar keinen Bruch gibt, daß die von 1989 so ist wie die von 1990 und die von 1990 so ist wie die von 1991, und die von 1992 ist ähnlich. Eigentlich müßte man doch an einer mittelfristigen Finanzplanung eines Landes, das diesen Verantwortungen zu begegnen hat, feststellen können, daß etwas Gewaltiges passiert ist! Da muß doch in den verlängerten Kurven, in den Entwicklungen der Zahlen eine Delle erscheinen, da muß zum Beispiel eine Erhöhung an Schwerpunkten und eine Abflachung an Nebensächlichkeiten zu sehen sein. Aber nichts von dem ist da,

(Beifall bei der CDU)

sondern es ist eine lineare, unveränderte Linie, als hätte die Wiedervereinigung, als hätte die Situation in Osteuropa, als hätten die Weltflüchtlingsprobleme, als hätten die Probleme der Entschuldung der Dritten

(C)

Welt usw. irgendwo auf einem anderen Stern stattgefunden, aber nicht in der Haushaltswirklichkeit des Landes Nordrhein-Westfalen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das kann doch nicht richtig sein! Sind wir eigentlich blind vor diesen Herausforderungen? Wie gehen wir damit um? Ich will hier nicht mit zu vielen Zahlen operieren. Lassen Sie mich das einfach nur in wenigen Schwerpunkten verdeutlichen.

Unsere mittelfristige Finanzplanung bietet das Bild: Personalkosten steigen ungebremst, Zinsquote steigt ungebremst, Sachausgaben steigen weiter wie bisher, Verschuldung steigt ungebremst, nur die Investitionsquote geht herunter - ungebremst! Das ist die Situation unserer mittelfristigen Finanzplanung, als sei - ich kann es nur noch einmal sagen - nichts Wichtiges in der Welt passiert. Ich meine, das kann so nicht weitergehen!

Die Streitrituale bezüglich des Haushalts sind hier im Parlament und in der Öffentlichkeit unverändert. Wir warten geradezu wechselseitig darauf, wann wir wem eine Falle stellen können; aber unserer gemeinsamen Verantwortung, daß wir als größtes Land der Bundesrepublik Deutschland vor diesen historischen Herausforderungen nicht einfach weglaufen können, werden wir immer noch nicht erkennbar gerecht.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Deswegen meine ich: Wir müssen uns ändern. Unsere Diskussionen auch hier in diesem Plenum vermitteln selbst dem objektiven Beobachter häufig den Eindruck, als seien sie weit weg von der Realität.

Sie wirken manchmal gespenstisch, als wüßten wir wirklich nicht, in welcher veränderten Situation wir leben. Was können denn öffentliche Haushalte bei solchen Herausforderungen, die - ich will das noch einmal in aller Eindeutigkeit sagen - von niemandem wездiskutieren sind, auch von niemandem besonders herbeigeführt worden sind, die einfach schlicht und ergreifend da sind? Wie können denn öffentliche Haushalte auf so etwas überhaupt reagieren?

(A) (Schauerte [CDU])

Es gibt vier klassische Methoden, wie die Politik antworten kann. Die erste Methode ist: Wir erhöhen die Schulden im Land wie im Bund und bei den Gemeinden. Ich kann nur sagen: Da ist das Ende der Fahnenstange mehr als erreicht. Mehr geht nicht mehr.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir müssen von unseren Verschuldungen herunter, wir müssen die Nettoneuverschuldung nennenswert zurückfahren, wenn wir finanzielle Handlungsspielräume für die Aufgaben, die ich vorhin kurz angesprochen habe, gewinnen wollen. Also: Schulden geht nicht mehr. Der erste Weg ist verbaut.

Der zweite Weg, die Steuern, die im Prinzip in solcher Situation erhöht werden können. Aber wir alle sagen, daß wir bei den Steuern ebenfalls, Herr Schleußer, das äußerste Ende der Fahnenstange erreicht haben.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

Auch da darf nichts mehr stattfinden. Ich erinnere an die Diskussion über die Mehrwertsteuererhöhung. Wie ist da warnend darauf hingewiesen worden, welche auch belastenden Effekte sie für Konjunktur, Wirtschaftswachstum etc. haben kann? Wir wissen, daß also bei der Steuerquote und bei der Staatsquote ebenfalls der äußerste Punkt erreicht ist.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Niemand im Lande sagt ernsthaft: Wir müssen Steuern erhöhen. Keiner wäre auch dazu bereit, das umzusetzen.

Ich habe vorhin gesagt, daß sich unsere Rituale noch nicht geändert haben. An der Stelle, Herr Schleußer, will ich auf einen Punkt hinweisen, von dem ich denke, daß wir den miteinander klären sollten. Die Debatte über die Mehrwertsteuererhöhung war ein Beispiel dafür, wie unehrlich wir miteinander umgehen. Sie selbst, Herr Schleußer, waren eigentlich sehr früh ein Anhänger einer maßvollen Mehrwertsteuererhöhung.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Sie waren es. Sie haben sogar Papiere verfaßt, in denen Sie das mit 15 % verdeutlicht haben, in denen Sie das mit 16 % verdeutlicht haben; Sie waren auch im internen Gespräch der Meinung, da kommen wir gar nicht dran vorbei. Was passiert? Es wird mit Ihrer Zustimmung eine Kampagne im Land entfacht, als sei derjenige, der die Mehrwertsteuer erhöhte, ein böser Bube, der insbesondere den armen Menschen in diesem Lande in die Tasche greift.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Kampagne wirken die SPD und die Landesregierung mit, Herr Schleußer. Da ist mir ein Brief in die Hände gekommen, den Sie im September 1991 an ihre Finanzministerkollegen geschrieben haben. Im September 1991 haben Sie große Werbeanstrengungen für die Akzeptanz der Mehrwertsteuer unternommen - leider unter Ausschluß der Öffentlichkeit, nur intern und nur, damit es nicht auffiel. Warum gehen Sie nicht hinaus und sagen, es geht nicht anders; auch im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen geht es nicht anders in dieser Situation.

Ich darf Ihnen einmal ein Argument vorlegen, was Sie Ihren Kollegen damals beigebracht haben. Klassischer und schöner hätte ich es selber wirklich nicht formulieren können. Sie haben das hervorragend gemacht, Herr Schleußer. Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten einen Brief an die hessische Staatsministerin vom September 1991 zitieren, also kurz vor dem Vermittlungsverfahren. Da schreibt Herr Schleußer:

(D)

Bei der Diskussion über Auswirkungen einer von der Bundesregierung vorgeschlagenen Mehrwertsteuererhöhung sollten wir einige Pauschalargumente nicht übernehmen.

Erstaunlich - hätte ich gerne einmal in der Öffentlichkeit gehört. Jetzt führt er aus:

Mehrwertsteuererhöhung wirkt nicht durchgängig regressiv. Nicht erst seit den Untersuchungen der Transfer-Enquete-Kommission wissen wir, daß Haushalte mit geringem Einkommen (Rentner-, Sozialhilfshaushalte) davon weniger betroffen sind,

(A) (Schauerte [CDU])

Man höre: Haushalte mit geringerem Einkommen sind von der Mehrwertsteuererhöhung weniger betroffen. Ich fahre fort im Zitat:

da in deren Familienbudget ein hoher Anteil verwandt wird für Güter und Dienstleistungen, die mehrwertsteuerfrei sind - zum Beispiel Mieten - oder nur dem reduzierten Mehrwertsteuersatz unterliegen - zum Beispiel Güter des täglichen Gebrauchs -.

Das schreibt der Finanzminister zutreffend seiner hessischen Kollegin, um ihr beizubringen, daß die Mehrwertsteuererhöhung kein Werk des Teufels ist.

(Beifall bei der CDU)

Er sagt es nicht öffentlich und läßt seine Partei exakt in die andere Richtung weiterlaufen. So können wir doch vor dem Hintergrund der Herausforderung verantwortlich nicht miteinander umgehen, Herr Schleußer.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Erklären Sie, daß Sie von Anfang an ein Anhänger der Mehrwertsteuererhöhung waren und daß Sie nur aus Parteiräson und parteitaktischen Überlegungen dieses anschließend nicht mehr sagen durften. Seien Sie doch so ehrlich.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: War Herr Farthmann das nicht auch?)

- Herr Farthmann war auch immer ein Freund der Mehrwertsteuererhöhung, weil er an einigen Ecken wirklichen Sachverstand hat; deswegen war er dafür. Nur, Sie sagen es nicht.

Ich sage noch einmal: Vor solchen Herausforderungen, vor denen wir stehen, kommen wir mit solcher Trickserei, mit solchem "Schwarzer-Peter-Spiel", mit solchen taktischen Raffinessen nicht mehr weiter. Wir verlieren auch an Glaubwürdigkeit vor den Bürgern, wenn wir uns so verhalten. Also: Steuern erhöhen geht nicht.

(Minister Schwier: Aber auch nicht senken, Herr Kollege!)

(C)

- Ja, ich darf nur an den Kollegen Einert erinnern, Herr Schwier, der gerade noch kürzlich vor Unternehmern gesagt hat: Zur Sicherung des Standorts Deutschlands müßte bei den Unternehmenssteuern etwas geschehen. Das hat Ihr Kabinetttmitglied Einert vor der Wirtschaft erklärt. Ich will das in aller Nachdenklichkeit sagen. Ich bin auch an dem Punkt - damit wir uns richtig verstehen - wirklich nachdenklich. Wir sollten aber auch nicht verteufeln, bitte, sondern es geht dabei um andere Zwecke: Es geht nicht um das Schüren von psychologischen Belastungen oder Neid an der Stelle, sondern es geht um die Standortsicherung des Arbeitsplatzes Deutschland. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe, dazu werde ich am Ende auch noch kommen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Dieser Standortsicherung und dieser Standortverbesserung - ich sage das mit allem Ernst - haben sich alle anderen Gesichtspunkte in dieser Situation unterzuordnen. Das hat Vorfahrt für alle Politikbereiche, denn das ist die Quelle unseres Wohlstandes, von der wir überhaupt unsere sozialen Systeme speisen, unsere Lehrer bezahlen und unsere Polizisten einstellen können. Sonst bricht hier alles weg. Deswegen bitte an der Stelle eine ernsthafte neue erkennbare Priorität in der Politik!

(D)

Leistungen und Standards - damit sind wir beim dritten Feld.

Wenn irgend jemand in dieser Republik sagt, wir müssen auch im Sozialbereich einmal nachdenken, geht helles Entsetzen durchs Land. Ich sage Ihnen, wir können auch nicht bei allen sozialpolitischen Leistungen einfach so weitermachen wie bisher; wir müssen auch das sorgfältig auf den Prüfstand stellen und herausfinden, wo es Einsparungspotentiale gibt. Das ist keine Ecke für Schnellschüsse, aber eine Ecke für intensives Nachdenken; denn wir können den größten Block unserer Staatshaushalte nicht schlicht und ergreifend aus jeder kritischen Überprüfung heraushalten. Auch das müßte einvernehmlich zwischen den Beteiligten organisiert werden können.

Aber, Leistungen heißt ja nicht nur Sozialleistungen, sondern Leistungen heißt auch Subventionen. Auch

(A) (Schauerte [CDU])

das gehört mit zu dem Begriff der Leistungen, die der Staat der Gesellschaft anbietet. Da muß mindestens so sorgfältig neu nachgesehen werden. Da reicht es nicht, wenn einer einen Vorschlag macht, daß die jeweils andere Partei dann ewig um die Ecke kommt und sagt, "ich bitte Sie, das gehört sich nicht", sondern laßt uns doch einmal an dieser Stelle eine Strecke Weges gemeinsam suchen! Sonst schaffen wir die Handlungsspielräume für die Zukunft nicht. Ich meine, wir müssen auch da etwas tun.

(Beifall bei der CDU)

Aber in diesen dritten Komplex - Leistungen und Subventionen - gehört ein anderer Bereich, der ganz wichtig ist: Standards senken - ein Punkt, der unter dem Gesichtspunkt Vorfahrt für Wirtschaft, Vorfahrt für Steuerkraft, Vorfahrt für Arbeitsplätze ein nicht zu unterschätzender Faktor ist. Hier hat der Staat enorme Handlungsmöglichkeiten. Wenn er schon kein Geld hat, kann er die Sachen billiger machen - wenn er sich denn traut. Das muß man ganz nüchtern und ganz ernsthaft ebenfalls in die Prüfungsaufträge einbeziehen. Also: Standards senken!

Ich will einmal ein paar Beispiele nennen:

(B) Abwasserbeseitigungspläne, die wir in diesem Lande haben - lassen Sie mich das einmal sehr nachdenklich sagen. Im Zeichen absolut kna per Mittel diskutieren wir mittlerweile im Lande Nordrhein-Westfalen darum, eventuell 5, 6, 7 % in bestimmten Gemeinden in ländlichen Bereichen noch jetzt an die hohen Standards unserer Abwasserentsorgung anzubinden mit einem unglaublichen Aufwand pro Kubikmeter oder pro laufendem Meter Kanal, oder wie immer Sie das bewerten. Ist das nicht eine Situation, wo wir innehalten, einmal verschnaufen und sagen müssen: Moment mal, wäre es nicht vernünftiger, diesen hohen Aufwand mit einem höheren Multiplikatoreneffekt in den Ländern einzusetzen, nämlich im Beitrittsgebiet, in denen im Moment überhaupt nichts geklärt wird?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Müssen wir da nicht innehalten? Wo bleibt denn die Initiative der Landesregierung?

(C)

Wenn man das hier sagt, dann muß schon höllisch aufpassen, daß einem nicht der Vorwurf gemacht wird, man nehme Umweltschutz nicht ernst. Wir von der CDU nehmen den Umweltschutz unglaublich ernst. Aber wir sagen: Wir sind ein Land, wir sind ein Volk, und ich kann eine Million nur einmal ausgeben. Ich gebe sie jetzt dort aus, wo sie die größte umweltpolitische Wirkung entwickelt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Gebot der Stunde. Absolute Fehlanzeige! Im Gegenteil, im Matthiesen-Ministerium wird der Würgegriff an die Gemeinden, denen an anderer Stelle zusätzliche Lasten auferlegt werden, auch an der Stelle noch verschärft. Es ist der falsche Weg; wir müssen auch hier innehalten und nachdenken.

Rückbau bei Straßenstücken! Wissen Sie, das muß man sich ja einmal auf der Zunge zergehen lassen, was da für luxuriöse Standards in unseren Köpfen sind, die wir einmal mit der Schere abschneiden müssen. Da haben wir für Millionenbeträge Straßen gängig und breit gebaut, sie bedienen den Verkehr hervorragend, und dann werden diese gerade neu gebauten Straßen mit unglaublichem Aufwand wieder eng gebaut,

(D) (Abgeordnete Scheffler [GRÜNE]: Das ist doch völlig in Ordnung!)

als hätten wir zuviel von diesem Geld. Das kann doch alles gar nicht wahr sein! Es kann ja sein, wenn wir die Wiedervereinigung bezahlt haben, wenn wir die Weltflüchtlingsprobleme gelöst haben, wenn wir das Ozonloch geschlossen haben, dann können wir auch an Rückbau denken. Aber jetzt gibt es Vordringliches.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Oder aber - ich sage es noch einmal - wir kommen in eine Situation, daß wir wirklich die Steuern erhöhen wollen und die Wirtschaft so strangulieren und die Leistungsbereitschaft so kaputt machen, daß nichts mehr läuft. Dann gibt es eine Todesspirale, die wir gar nicht mehr auffangen können.

(A) (Schauerte [CDU])

Also: Neue Schwerpunkte müssen her! Auch Standards müssen kritisch überprüft werden.

Es muß wieder gelten, Herr Finanzminister Schleußer und Herr Ministerpräsident Rau: Alles, was nicht zwingend und unabweisbar ist, muß in dieser Situation unterlassen werden. Kommen Sie bitte nicht mit solchen Hinweisen: Das lohnt doch nicht, hier eine Million und da eine Million. Bei den Milliarden, über die wir reden, ist das doch alles wenig.

Jeder Einsatz lohnt, und sei es für geringe Grenzen und sei es für kleine Zahlen; denn viele kleine Zahlen haben im Laufe der Jahre unsere 115 Milliarden DM Schulden entstehen lassen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Jede kleine Zahl lohnt - nur, damit das einmal klar ist! Wenn ich 1 Million DM in diesem Landeshaushalt einspare, sparen wir nicht nur diese eine Million ein, sondern wir werden für die nächsten 20 Jahre - mindestens so lange werden wir in diesem Lande noch Schulden haben und Zinsen auf Schulden bezahlen; es wird viel länger werden -, werden wir für jedes folgende Jahr 70 000 bis 80 000 DM allein an Zinsen sparen. Jede Million, die wir im Haushalt einsparen, bringt über diesen Effekt der geringeren Verschuldung hinaus eine Zinsentlastung pro Jahr, für viele Jahre in der Zukunft, 80 000 DM Entlastung!

(B)

Denn wir müssen heute davon ausgehen, daß, solange wir noch eine müde Mark Nettoneuverschuldung haben, alles, was wir ausgeben, letztlich über Zinsen finanziert wird. Und alles, was wir einsparen, würde die Verschuldung senken und die Zinsen sparen - über viele Jahre in der Zukunft. Es lohnt der Einsatz für jede kleine Zahl. Und da sehe ich nichts an Bereitschaft.

Die Lage ist ernst. Wir haben nichts zu verschenken. Deswegen gehört dazu auch, alle Einnahmepositionen auszubringen. Es ist in dieser Situation wirklich unglaublich, daß Sie zum Beispiel der WestLB das WFA-Vermögen übereignet haben und nicht einmal wissen, ob Sie für das WFA-Vermögen irgend etwas an Ertrag bekommen.

(Beifall bei der CDU)

(C)

So kann man doch nicht umgehen, wenn man mit dem Rücken zur Wand steht. Das kann der "Herr Krösus" machen, aber das kann doch nicht der arme Mann tun, der arme Mann Schleußer, der das Geld schon mit Tricks beschaffen muß, weil die Dinge so eng geworden sind. Der kann doch nicht hingehen und allein 8 Milliarden DM Vermögen an einen Dritten übertragen, der uns nicht gehört, und nicht wissen, was er dafür wiederbekommt. Das ist ein unglaublicher Vorgang!

(Beifall bei der CDU)

Das ist, bewußt Einnahmesituationen nicht nutzen. Ich möchte gern wissen, aus welchen Gründen.

Herr Schleußer, lassen Sie mich da eine kritische Frage stellen. Uns stört natürlich schon, daß der Finanzminister dieses Landes, der eigentlich für das Sparen sein sollte, im Moment ja auf dem Prüfstand steht, vor allem wegen Dingen, die er für seinen eigenen Wahlkreis tut - im Übermaß für seinen eigenen Wahlkreis tut! Auch diese Televisionssache, HDTV, ist ja eine hochinteressante Geschichte, die man einfach gar nicht so laufen lassen kann. Seit wann muß das Land neue Fernsehtechniken entwickeln, und das nur, weil der Finanzminister da sitzt? Herr Schleußer, das kriegen wir nicht hin. Wenn Sie als Finanzminister nicht mit gutem Beispiel vorangehen und das Wenige, das wir haben, zumindestens gerecht verteilen, sondern sich als jemand betrachten, der vor allem für sich zu sorgen hat, dann bekommen wir das neue Denken in unserem Staat, in unserem Land, in unseren Städten und Gemeinden nicht hin.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Sie tragen da eine doppelte Verantwortung.

Lassen Sie mich ein Steckenpferd von mir, das ich einmal vor fünf Jahren geritten habe, aufgreifen! Ist es eigentlich richtig, daß wir in dieser Situation immer noch mehr als die Hälfte unseres Staatswaldes selbst bejagen? Verpachten wir ihn doch! Warum tun wir das nicht? Können wir uns das wirklich erlauben? Auch das sind ein bis zwei Millionen DM Einnahmen pro Jahr.

(A) (Schauerte [CDU])

Wenn wir in der Politik nicht mit gutem Beispiel vorangehen und liebgewordene Vorstellungen aufgeben, werden wir die Bereitschaft der Bürger, bei dem großen Aufbauwerk, das wir vor uns haben, mitzuhelfen, nicht gewinnen können. Wir müssen auch an solchen Stellen bereit sein, von liebgewordenen Vorstellungen Abschied zu nehmen, und dürfen jetzt nicht krampfhaft anfangen, tausend Gründe zu suchen, warum gerade das nicht geht. Natürlich gibt es immer Gründe. Es wäre ja strafbar, wenn ohne Gründe solche Einnahmen unterblieben. Aber wir müssen doch in diesen Fragestellungen politisch gewichten, und ich sehe bei der Landesregierung an dieser Stelle nichts, was sich bewegt, und das betrübt uns sehr.

Also: Keine neuen Leistungen zu Lasten Dritter beschließen! Herr Schleußer, wir haben ja gestern den Landesentwicklungsbericht diskutiert. Da stehen ja in dem Abschnitt über die Finanzpolitik des Landes interessante Sachen; es sind wohl vier Schwerpunkte. Bei einer schnellen Durchsicht bin ich zum Ergebnis gekommen, daß keiner dieser Schwerpunkte eingehalten worden ist. Sie haben beschlossen: Keine Belastungen zu Lasten Dritter. Wir haben aber eine ganze Menge beschlossen. Gestern haben wir noch welche beraten. Selbst für den Kindergartenbereich hat das Land etwas beschlossen, was die Gemeinden bezahlen sollen. Wir kennen doch die Situation.

(B)

Sie haben im Landesentwicklungsbericht als Richtlinie für das Land Nordrhein-Westfalen angegeben: Keine Erhöhung der Sachausgaben! Natürlich sind die Sachausgaben gestiegen. Sehen Sie in den Haushalt!

Als dritter Punkt steht darin, daß keine Personalstellenvermehrung stattfindet. Natürlich führen wir Personalstellenvermehrung durch. Sehen Sie in den Haushalt! Da wird das exakt ausgewiesen. Das Gegenteil dessen, was Sie uns im Februar als Landesentwicklungsbericht mit Eckwerten des Landes vorlegen, beschließen Sie also im Januar. So können wir doch auch nicht mitander umgehen. Das, was Sie uns vorlegen, stimmt vorn und hinten nicht. Auch deshalb müssen Sie ja im Untersuchungsausschuß sorgfältig überprüft werden, ob wir uns auf Ihre Aussagen eigentlich noch verlassen können.

Es geht auch nicht, daß wir Forderungen an Dritte erheben, etwa an die Gemeinden. Denn denen geht es

(C)

ja auch nicht besser. Ich darf auf die enorme Neuverschuldung der Gemeinden im Haushaltsjahr 1991 hinweisen; eine unglaublich hohe Rate! Das geht natürlich auch nicht in Richtung Bonn. Ich will das in Richtung Bonn jetzt schnell machen, Herr Schleußer. Sie und Ihre Parteifreunde haben mittlerweile in Bonn Anträge an den Bonner Finanzminister gestellt - in dieser Situation! -, die zu Mehrausgaben zwischen 40 und 60 Milliarden DM pro Jahr führen würden. Das muß man sich einmal vorstellen! Das ist unseriös, Parteitaktik, kleinkariert, Provinzegoismus. Ich weiß nicht, was noch alles an Motivlagen hinzukommt. Das ist unverantwortlich, wenn man den Herausforderungen ernsthaft begegnen will.

Gleichzeitig sagen Sie: Die Verschuldung ist zu hoch. Sie schicken jetzt ausgerechnet Willy Brandt hin, um das zu erklären. Das bringt ja manchen zum Schmunzeln. Willy Brandt war ja derjenige, von dem Franz-Josef Strauß, der ja eine sehr treffsichere Formulierungsgabe hatte, irgendwann einmal gesagt: "Eine Milliarde, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind nicht 100 Millionen, wie Willy Brandt jahrzehntelang glaubte, sondern 1 000 Millionen." Das hat er mit Recht einmal vorgetragen. Dieser Willy Brandt wird nun zum Mahner bei der Verschuldung! Er hätte besser seiner eigenen Partei in Bonn und Ihnen in den Ländern die Leviten gelesen und gesagt: Laßt ab mit euren permanenten Überforderungen des Bundeshaushalt aus kleinkarierten tagespolitischen Gründen heraus! 40 bis 60 Milliarden DM Mehrausgaben, wenn man dem folgen würde, was Ihre Parteifreunde permanent betreiben!

(D)

Wir wissen nun: Die ersten beiden Punkte bringen nichts. Beim dritten Punkt müssen wir uns bewegen.

Beim vierten Punkt geht es um die Frage, wie wir die Einnahmen verbessern können, ohne daß wir die Steuern erhöhen. Da gibt es nur einen Weg, Herr Schleußer. Das können wir nur machen, indem wir die Steuerkraft verbessern, und das können wir nur, indem wir auf Wirtschaft setzen. Noch nie war eine aktive Wirtschaftspolitik so unverzichtbar nötig wie heute.

(Beifall bei der CDU)

(A) (Schauerte [CDU])

Wir haben in dieser Gesellschaft bisher keine andere Akzeptanz zur Finanzierung solcher Aufgaben. Ich sehe keine Akzeptanz für wirklichen massiven Ausgabenabbau. Es bleibt wohl nur der Ausweg, auf ein qualifiziertes, möglichst umweltverträgliches, stabiles und solides Wirtschaftswachstum zu setzen. Vorfahrt für Arbeitsplätze, Vorfahrt für Wirtschaftswachstum heißt im Ergebnis: Einnahmen bei Staat und Gemeinden, mit denen die Aufgaben, die vor uns liegen, finanziert werden können.

Was machen wir da? Ich sage: Bürokratie muß weg, wenn wir schon kein Geld haben. Tatsächlich bauen wir aber neue Bürokratien auf. Gewerbeflächen müssen her. Statt dessen erschweren wir die Entwicklung von Gewerbeflächen. Ein wichtiger Punkt - wir haben in der letzten Woche darüber diskutiert -: Lohnabschlüsse müssen maßvoll sein. Denn die Qualität des Wirtschaftsstandorts Deutschland hängt von seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit ab, und da gibt es keinen Nachschlag für soziale Komponenten, sondern da wird konkret auf Heller und Pfennig gerechnet. Ich kann sagen: Leider ist das so; aber wir werden das nicht verändern können.

(B) Auch hier ist also die Politik gefordert. Herr Schleußer, da frage ich Sie schon: Ich höre Ihre Stimme bei der Frage des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst eigentlich gar nicht. Ich kenne viele Felder, auf denen Sie sich als Landesfinanzminister einmischen, wo man mit gutem Recht sagen könnte: Eigentlich muß ihn das gar nicht interessieren, er sollte sich um seine Hausaufgaben kümmern.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege, würden Sie bitte langsam zum Schluß kommen.

Abgeordneter Schauerte (CDU): Ja. - Hier ist ein Thema, das Sie sehr interessiert. Sie wissen, daß Sie nicht mehr als vier Prozent in der Kasse vorbereitet haben, und wenn es über vier Prozent hinausgeht, klafft im Landeshaushalt ein weiteres Loch zwischen 500 Millionen und eine Milliarde DM. Das kann also nicht angehen.

Ich will zum Schluß kommen. Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist unendlich groß. Noch nie hatte sich in

(C)

der Geschichte soviel zeitgleich ohne Krieg verändert wie jetzt. Wir müssen uns diesen Herausforderungen stellen. Ein "runder Tisch" muß das nicht sein. Wenn jeder seiner Verantwortung zunächst einmal an seinem eigenen Tisch gerecht wird, kommen wir schon ein gutes Stück weiter.

(Beifall bei der CDU)

Die Finanzpolitik des Landes muß grundsaniert werden. Wir sind hochgespannt, ob der Haushaltsentwurf 1993 diesem zwingenden Erfordernis Rechnung trägt. Wir bieten unsere Mitarbeit bei der Grundsaniierung an: mit ehrlichen Zahlen, klaren Analysen, die wir nun zunächst einmal von dieser Landesregierung erwarten. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. -Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Trinius.

Abgeordneter Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! - Frau Präsidentin! - Entschuldigung! - Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(D)

(Zuruf von der CDU)

- Das ist wohl wahr.

In solchen Zeiten soll man den Blick nach vorn richten. Es gibt eine alte Regel für einen Bauern: Wenn er eine saubere Furche pflügen will, dann muß er nach vorn blicken. Wenn er mit Gespann pflügt, dann müssen beide Pferde ungefähr gleich stark sein. Was er an Erfahrung und Wissen hat, hat er im Kopf. Er darf dabei nicht zurückblicken; denn das würde die Furche nur krumm machen. Aber die Erfahrung hat er natürlich im Kopf.

Wenn Sie einen Tatbestand hinsichtlich der Staatsschulden, Herr Kollege Schauerte, angesprochen haben, dann habe ich natürlich im Kopf, daß sich die öffentliche Verschuldung von 1982 bis 1991 ohne deutsche Einheit verdoppelt hat.

(A) (Trinius [SPD])

Wir reden heute in dritter Lesung über den Nachtragshaushalt. Er hat mehrere Schwerpunkte: die Schulen, die Beschleunigung von Asylverfahren und die Verpflichtungsermächtigung insbesondere für die Kohlerückzugsgebiete. In den Beratungen ist ein weiterer Schwerpunkt gesetzt worden: die Eröffnung von 1 000 Beförderungsmöglichkeiten vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst für die Polizei und damit die Eröffnung von zusätzlichen 2 000 Beförderungsmöglichkeiten für die jüngeren Polizeibeamten im mittleren Dienst. Ich glaube, das ist - auch einvernehmlich beschlossen - im Einvernehmen mit unseren Innenpolitikern eine gute Leistung des Unterausschusses "Personal" und eine gute Leistung des Haushalts- und Finanzausschusses.

Lassen Sie mich zu dem Gutachten von Kienbaum und der Umsetzung durch das Handlungskonzept der Landesregierung für die Schulen ein paar Bemerkungen machen. Wollte man alle rechtlich, gesetzlich oder in Richtlinien oder auch in Erlassen festgelegten Ansprüche mit allen, insbesondere sehr kleine Schulen begünstigenden Ausnahmeregelungen befriedigen, hätte man schon 1990 zusätzlich 17 000 Lehrerstellen einrichten und außerdem bei 8 000 Stellen den Vermerk, diese Stellen sollten künftig wegfallen, streichen müssen.

(B)

Kienbaum legt pro Lehrerstelle 90 000 DM pro Jahr zugrunde; 25 000 Stellen hätten demnach 2,25 Milliarden DM pro Jahr zusätzlich gekostet.

Dieses Geld hatten wir nicht. Das hatten wir 1990 nicht, das hatten wir 1991 nicht und schon gar nicht 1992. Wir hatten es weder vor der Herstellung der deutschen Einheit noch danach.

Liest man die letzte Wertung von Kienbaum, dann kommt man zu folgendem Ergebnis: Mißt man die Leistungskraft des Landes Nordrhein-Westfalen, bezogen auf den Durchschnitt der Leistungskraft aller Flächenländer, dann ergäbe sich ein Bedarf an zusätzlichen Lehrerstellen von ungefähr plus/minus null. Wo hätten wir es auch hernehmen sollen? - 25 000 Stellen aus anderen Ressorts?

Ich werfe einmal einen Blick auf eine kurze Aufstellung: bei Gerichten und Staatsanwaltschaften haben wir 23 000 Stellen, bei den Justizvollzugseinrichtun-

(C)

gen 8 000, im Polizeivollzugsdienst 45 000, 2 000 bei der Gewerbeaufsicht, knapp 30 000 bei den Finanzämtern. - Wo denn?

Wir hatten keine andere Alternative, als im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes, das Recht auf Bildung zu sichern, so vorzugehen, daß an jenen Regelungen etwas geändert werden mußte, die den schon damals nicht gedeckten und auch nicht zu deckenden Bedarf auslösten, es sei denn, man nähme weiterhin Unterrichtsausfall in Kauf.

Das Handlungskonzept der Landesregierung macht es möglich, daß weniger Unterricht ausfällt. Es gibt weniger Ermäßigungsstunden für Lehrer, ohne daß die Fortbildung darunter leidet. Es gibt auch Abstriche bei den Unterrichtsstunden für Schüler. Nach Umsetzung ist die Differenz zwischen bisher normiertem Bedarf und Möglichkeiten des Landes im Umfang von rund 17 000 Stellen - nie bereitgestellter Stellen! - verringert worden. Das ist ein gutes Stück Grundsaniierungsarbeit.

Die Opposition im Landtag hat sich jeder Mitarbeit entzogen. Sie, insbesondere von der CDU und von den GRÜNEN, haben die Verschuldung beklagt. CDU und GRÜNE haben noch im Dezember zusätzlich mehrere tausend Stellen gefordert,

(D)

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

aber nichts zur Grundsaniierung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und Grenzen des Landes beigetragen.

Bei der Umsetzung dieses Handlungskonzeptes gibt es mit dem Nachtragshaushalt spürbare Verbesserungen. Die Schüler-Lehrer-Relation an Berufsschulen wird nachhaltig verbessert. Für die Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder stehen mehr Stellen zur Verfügung, auch wenn Frau Kollegin Schumann das immer wieder bestreitet.

Statt Stellen gibt es Mittel für Vertretungsunterricht. Mit befristeten Arbeitsverträgen kann man durch Krankheit, Mutterschaftsurlaub, Erziehungsurlaub verursachten Unterrichtsausfall wirksam begegnen und Vertretung effizient organisieren.

(A) (Trinius [SPD])

Es kommt eine weitere wichtige Zahl hinzu: Wir gehen davon aus, daß etwa 2 800 Lehrer zum neuen Schuljahr ausscheiden. Im Umfang von 5 300 Stellen aber sind Neueinstellungen möglich, darunter auch befristete Beschäftigung für Vertretungen. Das ist ein positiver Saldo im Wert von 2 500 Stellen allein für die Schulen. Vergleichbares gibt es in keinem anderen Zweig der Landesverwaltung, schon gar nicht bei Hochschulen oder Fachhochschulen.

Unsere Gesellschaft - wir alle, auch die Wirtschaft - braucht den öffentlich Dienst. In der gewerblichen Wirtschaft hat Arbeitszeitverkürzung auch zu Arbeitsverdichtung und mehr Arbeitsplätzen geführt. Arbeitsverdichtung findet dort ständig auch ohne Arbeitszeitverkürzung statt. Das schlägt sich unter anderem in der Erhöhung der Produktivität nieder.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen die Arbeitszeitverkürzung für Lehrer seinerzeit vollständig durch mehr Stellen weitergegeben, teils auch durch Aufhebung von Wegfallvermerken. In anderen Landesverwaltungen hat sie auch zu Arbeitsverdichtung geführt; ich denke etwa an die Finanzverwaltung.

Mit dem Nachtragshaushalt findet - wenn denn jemand so will - in einem sehr geringen zumutbaren Umfang ein Stück Arbeitsverdichtung auch bei Lehrkräften statt. Nicht immer sind die Interessen von Eltern, Schülern und Lehrern identisch; wir erleben das gegenwärtig, auch wenn es in der Öffentlichkeit anders erscheint.

(B)

In unserem Entschließungsantrag heißt es: "Die Länder und die Gemeinden haben keine Spielräume mehr." Zu Recht ist in diesem Zusammenhang auf das hinzuweisen, was Nordrhein-Westfalen für die jungen Länder etwa ab 1993 leistet: für den Fonds "Deutsche Einheit" 1,3 Milliarden DM, Wegfall der Strukturhilfe 756 Millionen DM, Wegfall von Bundeszuschüssen zur Gemeinschaftsaufgabe 1 Milliarde DM, der Umsatzsteuerkompromiß leitet aus Nordrhein-Westfalen rund 3 Milliarden DM in die fünf neuen Länder, Verwaltungs- und Personalkostenhilfen 200 Millionen DM. Das macht in einem Jahr wie 1993 allein 6,3 Milliarden DM. Daß das mit steigender Tendenz erfolgen wird, ist jedem offenkundig.

(C)

Verdienen an der deutschen Einheit hat es in Nordrhein-Westfalen auf staatlicher Seite nie gegeben.

(Widerspruch bei der CDU - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Aber natürlich!)

Viele haben ein Geschäft gemacht; das waren Private. Wir sollten mit dieser Mär endlich Schluß machen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt einen Transferbedarf aus den westdeutschen Ländern in die ostdeutschen Länder, der auf 150 Milliarden DM jährlich auf zehn Jahre geschätzt wird. Diesen öffentlichen Transferbedarf wollen wir leisten, wir wollen ihn gern leisten. Aber wir müssen uns auch fragen: Können wir das, und wie können wir es den Bürgern im Lande gegenüber vertreten? Wir sind für das Wohl Nordrhein-Westfalens und zugleich des ganzen deutschen Volkes angetreten.

Bisher fließen zwei Drittel bis drei Viertel davon in den Konsum. Das heißt, dieses Geld klingelt acht Tage später in den Kassen der großen Kaufhallenkettten in der Bundesrepublik und wird nicht investiv wirksam in den Ländern dort.

Was bedeutet es, wenn in dieser Größenordnung Transfers notwendig werden? Damit geht der größte Teil des Wirtschaftswachstums der westlichen Länder in die jungen Länder. Jürgen Büssow hat gestern eine Stellungnahme von Herrn Miegel zitiert, die lautet:

(D)

Der Staat könnte in Legitimationsschwierigkeiten geraten. Bislang hat sich der westdeutsche Staat gegenüber den Bürgern vorrangig durch Wirtschafts- und Einkommenszuwachs sowie ständig steigende Sozialleistungen legitimiert. Diese Legitimationsgrundlage wird für etwa ein Jahrzehnt in Westdeutschland praktisch außer Kraft gesetzt. Dies erfordert tiefgreifende Änderungen in der Politik.

Da sind alle politischen Kräfte gefordert.

Wie können wir unsere Entscheidungen vor unseren Bürgern vertreten, wie können wir diesen Transfer von 100 bis 155 Milliarden DM pro Jahr in die fünf neuen Länder begründen, rechtfertigen, wie können

(A) (Trinius [SPD])

wir hoffen, daß wir Zustimmung finden? Dazu brauchen wir vielleicht andere Ansätze.

Als erstes: Die Völker Europas haben sich selbst befreit. Auch unser Volk in der DDR hat sich freigemacht, und wir sind unter freien Nachbarn wieder in einem Staat zusammen. Das ist ein Geschenk, das ein Leben lang glücklich machen kann.

Das zweite: Der Freudentaumel, die Silvesterfeuer von 1989 sind verfliegen, und die Freudenfeuer sind verraucht. Was wir jetzt für unser Vaterland und für Europa brauchen, ist beständige Glut, die nicht verglimmt. Wer Deutschland und Europa in Freiheit und Demokratie erhalten, aufbauen, zusammenfügen will, der steht vor viel Arbeit, Arbeit für sehr viele, der braucht dafür auch viel Geld; nicht jede Ausgabe kann man unter Kosten abbuchen. Aber bei allem, was er hier wie drüben tut, braucht er die Wasserwaage der sozialen Gerechtigkeit.

Das ist eine große und schöne Aufgabe. Wir könnten uns auf das Handwerk stützen. Das Handwerk in den fünf neuen Ländern hätte auf Jahrzehnte goldenen Boden, wenn es uns nur gelänge, die Arbeit, die dort auf der Straße liegt und mit Händen zu greifen ist, so zu organisieren, daß alle, die arbeiten wollen und können, zupacken können; denn sie wollen sich nützlich machen.

(Zustimmung des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Wir müssen darauf achten, daß die tiefe Wunde, die nach dem Ende der Teilung Europas und unseres Vaterlandes offen liegt, heilen kann. Es gibt viele, die das verhindern.

Ich will ein paar Hinweise zu dieser offenen Wunde geben. Viele Menschen drüben zittern um ihren Arbeitsplatz; das gibt es auch bei uns.

Viele möchten gerne arbeiten, sich nützlich machen; aber so vielen wird es verwehrt, obwohl die Arbeit auf der Straße liegt. Viele in den neuen Ländern fürchten um Haus und Wohnung. Es gibt 1,5 Millionen Anträge auf Rückübereignung von ehemaligem Eigentum. Da geht Angst um bei diesen Menschen. Wir müßten den Menschen eigentlich Hoffnung ge-

(C)

ben. Es geht um ihr Recht auf eine freie Zukunft in sozialer Sicherheit.

Lassen Sie mich zu der Eigentumsfrage, die auch Jürgen Büssow gestern angesprochen hat, einen historischen Hinweis geben. 25 Jahre nach der französischen Revolution, die Adel, Kirche, Klerus und Klöstern das Eigentum an Grund und Boden genommen und diesen den Bauern gegeben hatte, erklärte Ludwig XVIII., der Bourbonne, als er auf den Thron Frankreichs zurückkehrte: Daran ändere ich nichts. Denn sonst hätte er alle Rechtsverhältnisse auf den Kopf gestellt.

Dort die Angst um Haus und Wohnung, hier bei uns die Verzweiflung von Wohnungssuchenden, denen niemand Luxussanierungen in den Innenstädten plausibel machen kann.

Wer die Wasserwaage der sozialen Gerechtigkeit anlegt, wird feststellen: Da gibt es viel Interessengleichheit. Die Situation ist allerdings häufig anders. Aber das Recht auf Wohnen ist hier so interessant wie in den fünf neuen Ländern, das Recht auf Arbeit so interessant wie hier bei uns.

Es muß eigentlich jedem zu denken geben, daß sich der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, bereit findet, sich in eine ganz gefährliche Zone zu begeben, nämlich der "Zeit" ein Interview über die Frage zu geben, welchen Wert und welche Gültigkeit eigentlich alte Eigentumsansprüche in den fünf neuen Ländern haben. Er könnte ja für befangen erklärt werden, wenn er diese grundgesetzliche Frage eines Tages als Präsident des Bundesverfassungsgerichts zur Entscheidung vorgelegt bekäme. Daß er sich dennoch in diese Gefahrenzone begibt, läßt erkennen, welch hohen Rang er dieser Frage für das Zusammenwachsen unseres Volkes beimißt. Sonst hätte er es nicht getan. Ich meine, wir müssen die Zukunft gewinnen und nicht altem Recht den Vorrang geben.

(D)

Welche neue Legitimationsgrundlage können wir unserem Gemeinwesen geben, wenn die alte praktisch außer Kraft ist? - Heinz Schleußer hat in seiner Einbringungsrede zum Haushalt 1992 gesagt: Wir brauchen einen neuen gesamtstaatlichen Konsens, der Länder, Gemeinden und Bund - es käme noch Europa

(A) (Trinius [SPD])

hinzu - umfaßt und der möglichst von allen demokratischen Kräften der Bundesrepublik getragen wird. Das war ein großes Angebot. Alle sollten auf dieses Angebot eingehen.

Es gibt das Angebot des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Arbeitgeberverbandes vom August 1990, ein Angebot, das ich gerne schon 1982 gehört hätte. Danach haben öffentliche Investitionen in den neuen Ländern Vorrang, private Investitionen haben Vorrang; die Finanzierung von Umschulung und Weiterbildung von Fachkräften hat Vorrang vor der Bezahlung von Arbeitslosigkeit. Wenn wir uns alle daran erinnern, dann wissen wir: Wir sind gar nicht mehr so weit auseinander. Lassen Sie uns nach vorne blicken.

Dann ist notwendig - wie auch immer man das nennt -, daß man alle, die bereit sind, hier etwas einzubringen, und die ihre Erfahrungen mit einbringen, zu einem gemeinsamen Gespräch einlädt, das die finanziellen, die wirtschaftspolitischen, die sozialen und rechtspolitischen Fragen umfaßt. Wir Sozialdemokraten haben schon einmal in sozialpolitischen Dingen vor einer schwierigen Frage gestanden; das war 1982. Da hatte Eugen Glombig ein Grundsatzpapier gemacht, was denn für die soziale Sicherheit in jedem Falle gewährleistet werden müsse. Aber so etwas muß alles zustimmungsfähig sein. Ich bitte deshalb jeden, der in schwieriger Situation nach neuem Kurs sucht, einmal dieses Papier von Eugen Glombig aus dem Jahre 1982 wieder heranzuziehen.

(B)

Wer mit den Menschen drüben spricht, wird hören: So hatten wir uns das eigentlich nicht gedacht. Das ist eine der vorsichtigsten Formulierungen, die man drüben hören kann. Bei uns stellt man schon eine Verdrossenheit fest, wenn von den Problemen in den fünf neuen Ländern gesprochen wird. Drüben breitet sich bei einigen Enttäuschung und Verbitterung aus. So wachsen wir nicht gut zusammen; da brauchen wir andere Wege.

Der Freiheit, der Demokratie in ganz Deutschland und in ganz Europa eine sichere Grundlage zu geben, das ist unsere Aufgabe. Das verlangt sehr viel wirtschaftspolitische Kraft, das verlangt soziale Sicherheit für alle, die darauf angewiesen sind. Dann können wir die Aufgabe, vor der wir stehen, als die größte

(C)

und schönste Aufgabe dieses Jahrhunderts begreifen. Wir würden dann etwas für den Frieden, für Freiheit und Demokratie sowie soziale Gerechtigkeit tun, nachdem wir zweimal soviel für Kriege getan haben, mit so fürchterlichen Verlusten für unsere Nachbarn und für uns selbst.

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen: Wir werden die Wasserwaage der sozialen Gerechtigkeit auch an die Steuerpolitik anlegen müssen. Man kann, man muß den Solidaritätszuschlag fordern, aber man kann ihn nicht mit dem Vorsatz verbinden, gleichzeitig den Spitzensteuersatz zu senken. Das kann keiner verstehen. Das rührt an eine Grundlage des sicheren Bestandes so frisch gewonnener Demokratie und Freiheit.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Was sagt Herr Einert denn dazu?)

Sie finden Verständnis bei Rentnern dafür, wenn sie in den alten Ländern weniger Zuschlag zur Rente bekommen, als der Preisauftrieb beträgt: 2,7 % gegenüber 10 % für die Rentner in den fünf neuen Ländern.

Aber Sie gefährden die Bereitschaft, solidarisch miteinander umzugehen, wenn Sie für Sondergruppen Sonderinteressen glauben durchsetzen zu dürfen. Damit gefährden Sie den gesamtstaatlichen, gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. - Herzlichen Dank.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich gerne den Landtagspräsidenten von Niedersachsen, Herrn Milde, auf der Zuschauertribüne sehr herzlich begrüßen.

(Beifall)

Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Wickel das Wort.

(A)

Abgeordneter Wickel⁹ (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Trinius, das merke ich mir. Wenn ich demnächst zum Haushalt nicht viel zu sagen habe, gehe auch einmal ein bißchen in die Historie. Das ist zumindest interessant. Aber Sie könnten es viel leichter haben - das gilt auch für das, was Sie hinsichtlich der neuen Länder beklagen -, wenn das, was der Ministerpräsident einmal verkündet hat, nämlich das Teilen, in diesem Lande auch tatsächlich stattfände.

Meine Damen und Herren! Zum Haushalt 1992 habe ich gesagt: Das Haus ist verwohnt, im Keller ist der Schwamm, und auf dem Dachboden beginnt es durchzuregnen.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Das war damals schon falsch!)

Dann wird immer mehr Geld für die Miete geliehen, notwendige Reparaturen werden verschoben, aber Parties - die werden weiter gefeiert.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Oh! bei der SPD)

(B)

Wenn ich heute als Gutachter den Nachtragshaushalt betrachte, muß ich sagen, daß damit einiges optisch repariert wird. Aber jeder von uns, der weiß, was Schwamm im Haus bedeutet, weiß auch: Wenn ich den Schwamm mit einer Holzverkleidung kaschiere, ist an dem Problem der fehlenden Grundsanierung nichts gelöst.

Genau das hat man z. B. im Kulturbereich getan: Man hat die Schwammstellen schön mit Holz verkleidet und verkauft das hier als Erfolg: Ihr Mieter im Hause sieht den Schwamm jetzt nicht mehr - wohl wissend, daß nach einigen Jahren das Gebäude dadurch einsturzgefährdet sein wird.

Das gleiche hat man im Bereich Polizei gemacht: Man hat auf dem Dach, wo es durchregnet, eine Quadratmeter Pfannen ausgewechselt und sagt: Daß die Balken darunter faul sind, ist jetzt nicht so wichtig; sie werden ja nicht mehr nasser, weil der Regen jetzt nicht mehr an die faulen Balken kommt.

(C)

Meine Damen und Herren, hier muß man doch jetzt gutachterlich konstatieren, daß der Besitzer des Hauses nicht pfleglich mit dem ihm auf Zeit übertragenen Besitz umgeht. Das System Rau befindet sich in Auflösung. Ich sage das ja immer wieder, und ich will das auch begründen.

Was wir im Bereich des Kultusministeriums mit diesem Nachtrag erleben und auch vorher mit dem Kienbaum-Gutachten schon erlebt haben, kann man nicht mehr nachvollziehen. Wie ist denn die Wirklichkeit gewesen? Die fähigen Beamten, die dieses Haus hat, haben praktisch alle Parameter des Gutachtens zusammengetragen. Der Kultusminister kannte sie, aber das galt nichts. Er mußte sich seine erarbeiteten Daten einem Gutachter übergeben, der Kienbaum hieß. Der brachte das in die richtige Form, wie Gutachter es tun, und auf einmal ist das wertvoll.

Da muß man sich doch fragen: Wie kann so etwas in einem Lande geschehen? Das heißt doch auf deutsch: Der Chefideologe Dammeyer - mit dem Staatssekretär des Hauses - macht es dem Minister unmöglich, seine guten Vorschläge einzubringen. Der muß dafür ein Gutachten bestellen. Seitdem er es hat, darf er als Kultusminister auch wieder etwas sagen.

(Lachen bei der SPD)

(D)

Eine schizophrene Situation - eine Situation, die zeigt, daß der Hausvater, Herr Kultusminister, diesen Laden nicht mehr regiert und nicht mehr führt!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Da redet einer mit Durchblick!)

Es wird aber noch viel besser. Wer die Dinge um die Polizei erlebt, der muß einfach sagen: In diesem Kabinett stimmt etwas nicht mehr. Ich will Ihnen einmal schildern, was wir in Oberhausen erleben mußten. Das zeigt letztlich, daß eine Kabinettsleitung, eine Führung, in diesem Land nicht mehr stattfindet.

Das sitzen wir also als Ehrengäste an einem Tisch und bekommen Kaffee. Und jetzt verwende ich bewußt diesen Ausdruck: Da kommt ein Polizist mit goldenen Sternen angeschlichen, geht zu dem Kollegen Frechen und sagt: "Ich soll Ihnen vom Minister

(A) (Wickel [F.D.P.])

sagen, er hätte mit dem Finanzminister gesprochen. Sie können nachher hier erklären, daß ab 1993 alle Polizeibeamten unter 55 Jahre in den Verwendungsaufstieg kommen."

(Abgeordnete Opladen [CDU]: Das gibt es doch gar nicht!)

Man kann ja darüber streiten, wie ein Minister seine Wünsche an einen SPD-Kollegen weitergibt. Meine Damen und Herren, das Ganze paßt aber nur unter eine Riesen-Filzdecke.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

So lief das dann auch hinterher ab. - Da geht also dieser Innenminister hin - wir haben das gestern ja auch erlebt - und sagt: "Ich bin für die zweigeteilte Laufbahn meiner Polizei." Draußen sagt er: "Ich möchte euch das ja jetzt schon geben, aber der Finanzminister stimmt dem nicht zu." Da muß man sich fragen: Was ist das für ein Kabinett, in dem ein Minister den anderen ausspielt, indem er sagt: "Ich will euch das ja geben, aber der Finanzminister hindert mich im Kabinett, das umzusetzen."

(B) Dann stellt sich dieser Herr Schnoor hier hin und sagt: "Ich will für meine Polizei die zweigeteilte Laufbahn." Und dann legt er ein Konzept vor, was exakt darauf hinausläuft, daß im Jahre 2000 nicht 20 %, sondern 40 % der Beamten der Schutzpolizei im gehobenen Dienst sind.

Das ist keine zweigeteilte Laufbahn. Das ist der Beginn und die genaue Beschreibung der Laufbahn P. Und uns wird hier erzählt, in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein, in Hessen, in Rheinland-Pfalz, überall hätten sie schon die zweigeteilte Laufbahn beschlossen, und sie gingen zum Teil bis 67 %. - Wenn Sie aber in diesen Ländern nachfragen, erfahren Sie: Dort gibt es noch nicht einmal Kabinettsbeschlüsse. Es gibt lediglich in Hessen und in Rheinland-Pfalz hierüber Koalitionsverabredungen. Aber ob und wann sie umgesetzt werden - absolut nichts!

Warum ist mir dieses Thema so wichtig, und warum zeichne ich es so scharf in dieser Auseinandersetzung der einzelnen Minister in diesem Lande? Hier wird ein Erwartungshorizont geschaffen, der einfach unred-

lich ist, weil diejenigen, die ihn schaffen, zum Zeitpunkt der Erklärung schon wissen, daß es so nicht kommt. Wer das tut, meine Damen und Herren, der schadet der Politik mehr, als wir uns alle jemals vorstellen können, und zwar der Politik insgesamt.

(C)

Denn es läuft genau auf den Nenner hinaus, daß gesagt wird: "Das sind die Brüder, die etwas versprechen, was sie grundsätzlich hinterher nicht halten." Deshalb betrifft mich das genauso, wenn der SPD-Minister Versprechungen im Lande abgibt, die er nicht halten kann.

Der Kollege Frechen hat da ja noch eins draufgesetzt. Er hat vor 1 000 Polizeibeamten gesagt: "Ich garantiere dafür: Im April habt ihr alle eure Beförderungs-urkunden." Da kann ich nur sagen: Wo sind wir denn eigentlich? Ein Abgeordneter sagt, wann die Administration die Urkunden auszuhändigen hat? Jeder von uns weiß, daß ein Beförderungsvorgang, wenn es um 3 000 Beförderungen geht, von der besten Administration nicht im April zu leisten ist.

Aber so wird hier billige Politik mit Versprechungen gemacht, die von vornherein nicht haltbar sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber es geht noch weiter, meine Damen und Herren! Wie kann ein Ministerpräsident, ein Chef des Kabinetts, zulassen, daß diese Spiele draußen immer weitergehen, ein Minister den anderen ausspielt, ein Minister etwas verspricht, was hinterher durch Kabinettsbeschuß nicht abgedeckt ist? Ich bleibe dabei: Wenn das so weitergeht, werden wir alle noch viel Mühe haben, die Probleme zu lösen, die auf uns zukommen.

(D)

Ich sage einfach: Das System Rau hat schlechte Handwerker in diesem Haus; aber, meine Damen und Herren, es gibt auch noch andere Handwerker. Da wieselt der Kollege Appel von Etage zu Etage, irrt ziellos mit einem Reparaturauftrag herum; unser Kollege Busch sitzt im Keller und zählt die Erbsen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber, während der Herr Appel durch das Haus läuft, verspricht er jedem, den er unterwegs trifft, die Ernte

(A) (Wickel [F.D.P.]

ganzer Felder und sagt dann immer dazu, wie in Oberhausen auch - ich rede nachher mit dem Herrn Busch, dann sind die 180 Millionen klar, dann haben sie die - -.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Busch [GRÜNE])

Meine Damen und Herren! Das ist natürlich auch eine Form, wie man sich in einem verwohnten Haus bewegt. Aber auch das kann nicht richtig sein und kann keine Politik sein.

Derselbe Herr Appel hat uns ja gestern hier Vortrag über Kriminalisierung gehalten. Nur, damit wir unter uns klar sind: Dieser demokratische Rechtsstaat kriminalisiert keine Bürger, sondern dieser demokratische Rechtsstaat hat Gesetze erlassen, und wer gegen diese Gesetze verstößt, kriminalisiert sich selber. Das tut aber nicht der Staat!

(Beifall bei der F.D.P.)

Auf diesen feinen Unterschied ist - so glaube ich - in diesem Hause öfter hinzuweisen, sonst bekommen wir hier eine semantische Diskussion, daß hinterher der Ermordete selber daran schuld ist, daß man ihn "totgehauen" hat.

(B)

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Vesper war unschuldig!)

Das letzte ist tatsächlich der Entschließungsantrag der SPD zu diesem Nachtragshaushalt. Ich weiß nicht, ob die Kollegen ihn alle gelesen haben. Es ist die Drucksache 11/3527. Ob man es glaubt oder nicht, da wird in diesem Entschließungsantrag die These beschworen, das Land Nordrhein-Westfalen könne seine Probleme nicht mehr lösen, das Land Nordrhein-Westfalen könne die Schulen nicht in den Griff kriegen, weil es diese deutsche Einheit gibt.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Da haben Sie doch nicht zugehört!)

Also, meine Damen und Herren, das ist der Gipfel. Das ist wirklich der Gipfel der Aussage einer Genossenschaft, die das Haus Nordrhein-Westfalen in Pacht hat. Seit 1980 70 Milliarden DM Neuverschuldung - absolute Mehrheit der SPD. Das heißt, jeder Haushalt

(C)

in diesem Lande ist mit anderer Leute Geld fremdfinanziert worden - mit geliehenem Geld.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Wickel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Nein, da geht mir die Zeit flöten. Schönen Dank, Frau Präsidentin!)

- Bitte schön.

Abgeordneter Wickel⁹ (F.D.P.): Seit 1980 hat diese absolute Mehrheit im Lande Zeit, alle Reparaturen und Grundsanierungen an dem Gebäude Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Das sind jetzt 12 Jahre. Im zwölften Jahr ist die deutsche Einheit schuld, daß das Haus verfällt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren! Das darf doch wohl nicht wahr sein. Das ist das letzte.

Dieser Ministerpräsidentin hier hat uns vom Teilen erzählt, und zwar vom Teilen in jedem Moment des Jahres 1990, als es in der Politik aktuell war. Jetzt auf einmal sind die deutschen neuen Länder, die Einheit, daran schuld, daß es hier nicht mehr weitergeht. Jetzt steht hier "Wir sind zu Eingriffen in das Bildungswesen wegen der neuen Länder gezwungen." Das darf doch wohl nicht wahr sein.

(D)

Wenn ich nun ein Gutachten über dieses Haus, das ich betrachte, schreiben müßte, kann ich nur sagen: Ich muß als Gutachter bescheinigen, daß dieses Haus Nordrhein-Westfalen nur dann über die Jahre zu bringen ist, wenn dem Pächter SPD mit Datum 1995 fristlos gekündigt wird

(Abgeordneter Henning [SPD]: Na, na, na!)

und wenn das System Rau aus diesem Hause auszieht, weil es nicht mehr in der Lage ist, friedlich mit ihm auf Zeit übertragenem Eigentum umzugehen. - Ich danke Ihnen.

(A) (Wickel [F.D.P.]

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Busch.

Abgeordneter Dr. Busch⁹ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wickel, ich weiß nicht so ganz genau, ob das jetzt Märchenstunde oder politisches Kabarett war. Ich überlasse es Ihnen, das zu entscheiden.

Ich wollte noch einmal etwas zum Nachtragshaushalt sagen - zur Abwechslung. Wir GRÜNEN müssen diesen Nachtragshaushalt leider ablehnen, und zwar einmal aus sachlichen Gründen, was da politisch/sachlich drinsteckt; aber zum anderen auch aus demokratischen Gründen, aus Gründen der Selbstachtung des Parlaments.

Wir finden nämlich in diesem Haushalt wieder die alten Notstopfen, die Mogelpackungen, die Lebenslügen und die Halbwahrheiten, die Sie mit Ihrer Politik verbinden. In diesem Haushalt wird die Intransparenz weiter erhöht. Statt Mehrausgaben über neue konkrete Einsparungen abzudecken, arbeiten Sie mit globalen Minderausgaben, die völlig offenlassen, wo Sie im Laufe des Jahres des Haushaltsvollzuges zuschlagen wollen.

(B)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Sie sind gestern einstimmig angenommen worden!)

Das Programm "Therapie sofort", um es einmal konkret zu machen, ist in der Sache unumstritten, Herr Trinius. Sie brauchen mehr Geld für dieses Programm. Statt dies aber schon im Haushaltsentwurf 1992 zu veranschlagen, wo es sich schon abzeichnete, oder zumindest aber im Nachtragshaushalt auf saubere Wege zu veranschlagen, mußte die SPD-Fraktion Herrn Heinemann erst auf die Sprünge helfen, nachdem das Ganze nämlich beinahe schon "angebrannt" war.

Dann gab es nicht einmal einen klaren Sparvorschlag, sondern während der Haushaltsberatungen wurden dann eben im Ausschuß diese globale Minderausgabe

(C)

nachgeschoben. Herr Heinemann ist leider nicht da. - Herr Heinemann hat im Januar vollmundig erklärt, er würde 2 Millionen DM mehr für dieses Programm "Therapie sofort" ausgeben. Er hat dann aber verschweigen wollen, daß er dieses Geld aus der Altenhilfe kürzt. Das ist unehrlich. Er hat es definitiv verschweigen wollen, weil sich diese Kürzung von 2 Millionen auch schlecht mit den vollmundigen Erklärungen zum Landesaltplan verträgt. Ausgeben ist schöner als einsparen - das ist klar.

Was Sie den anderen Oppositionsfraktionen vorwerfen können - nicht uns -, daß sie nämlich keine Deckungsvorschläge präsentieren, praktizieren Sie selbst in Ihrer politischen Praxis. Uns, Herr Trinius, können Sie es nicht vorwerfen. Wir haben unsere Vorschläge veröffentlicht. Wir haben dazu sogar eine eigene Haushaltsbroschüre gemacht. Sie können sich ja auch mal damit auseinandersetzen. Dann können Sie einmal kritisieren, ob wir da glaubwürdige, vernünftige Einsparvorschläge gemacht haben oder nicht.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Sie haben nicht beschlossene Satzungen zugrunde gelegt!)

Das Erschreckende an Herrn Heinemann ist aber, daß er die haushaltsrechtliche Problematik offenbar überhaupt nicht begriffen hat. Das hat sich ja hier in der Fragestunde eindeutig gezeigt. Herr Heinemann hat überhaupt nicht begreifen können oder wollen, daß es nicht um das Projekt "Therapie sofort" selbst geht, sondern um die Art der Finanzierung, daß die eben kritikwürdig ist.

(D)

Ich denke, ein Minister, hier Minister Heinemann, hat dafür zu sorgen, daß eine saubere Finanzierung aus seinem Haushalt erfolgt, bevor er solche Wohltaten ankündigt. Darum geht es uns.

Ein Weiteres zum Stichwort "Intransparenz im Haushalt"! Es werden in großem Umfang Stellen - bei der Lehrerfortbildung sind es beispielsweise 1 000 Ausgleichsstellen - zwischen den einzelnen Schulkapiteln und auch in anderen Bereichen hin- und hergeschoben. Das ist völlig undurchsichtig, völlig intransparent.

Es ist genauso intransparent wie der Ursprung der Gelder für die sogenannte Beschleunigung der Asyl-

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

verfahren, bei denen es in Wirklichkeit nur um den beschleunigten Rausschmiß von ausländischen Flüchtlingen geht.

Wir werden zu diesem Punkt hier einen Entschließungsantrag vorstellen. Er enthält zwei Teile, nämlich erstens "Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge" und zweitens eine entsprechende Übernahme der Sozialhilfe durch das Land.

Übrigens, Herr Kollege Wickel, Sie meinten wahrscheinlich meinen Kollegen Appel und nicht Herrn Apel. Herrn Apel habe ich aus anderen Zusammenhängen im Gedächtnis. Das nur am Rande!

Die Finanzierung dieses Nachtragshaushalts ist unsauber. Sie haben nämlich einfach die Zinsausgaben gekürzt. Das sind im Nachtragshaushalt immerhin fast 79 Millionen DM. Es handelt sich dabei sozusagen um Ihren alten Trick, Herr Schleußer - wenn ich Sie einmal direkt ansprechen darf -: Immer dann, wenn Sie Geld brauchen, kürzen Sie einfach den Ansatz für die Zinsausgaben. Das ist jetzt beim Nachtragshaushalt in Höhe von 79 Millionen DM der Fall; das war bei der Ergänzungsvorlage für 1991 so, als Sie plötzlich 120 Millionen DM entdeckt haben, und das war beim Nachtragshaushalt 1990 so, als Sie 123 Millionen DM entdeckt haben. Sie mißbrauchen also den Ansatz für Zinsausgaben als Sparstrumpf, den man nach Lust und Laune auffüllt und später wieder entleert.

(B)

Das kritisieren wir. Es sind nämlich gar keine echten Einsparungen, sondern Pseudoeinsparungen. Sie haben also bereits bei der Aufstellung des Haushalts einkalkuliert, daß ein Nachtragshaushalt kommt, haben die Zinsausgaben entsprechend überhöht angesetzt und nachher wieder gekürzt. Und wie schön, daß wenn notwendig, gerade wieder eine passende Finanzierungsmöglichkeit vorhanden ist!

Das ist gegenüber dem Parlament nicht seriös.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Doch!)

Das muß man ganz klar sagen. Oder wollen Sie uns wirklich zumuten zu glauben, Herr Trinius, daß Sie zufällig gerade immer dann feststellen, daß die Zinsausgaben überhöht angesetzt sind, wenn Sie wieder

(C)

einmal ein paar Millionen DM als Finanzierungsmasse brauchen? - Das glauben Sie doch wohl selber nicht!

Ihr Haushalt verschleiert mehr, als daß er erhellt.

Und da komme ich zu einem ganz sensiblen Punkt, den 135 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen für den "Handlungsrahmen Kohleregionen". Diese 135 Millionen DM sind uns nun wirklich ein warnendes Beispiel. Man muß sie einmal ins Verhältnis zu den 80 Millionen DM Mehrausgaben im gesamten Nachtragshaushalt für 1992 setzen. Der Teil, der 1993 wahrscheinlich zu 135 Millionen DM Mehrausgaben führt, ist hier praktisch überhaupt nicht diskutiert worden, während der Nachtragshaushalt, umfassend 80 Millionen DM, in alle Ausschüsse gegangen ist.

Herr Stüber hat dazu hier in der Debatte am Mittwoch dann folgendermaßen formuliert: Diese 135 Millionen DM Verpflichtungsermächtigung sind eine "bürokratieverkürzende, Planungssicherheitsgebende Maßnahme." Also eine bürokratieverkürzende, Planungssicherheitsgebende Maßnahme! Darum handelt es sich also dann, wenn das Parlament ohne Beratung, ohne sinnvolle Unterlage diese 135 Millionen DM "mal eben" mit einem Federstrich genehmigt. Aus dieser Sichtweise - Herr Stüber ist im Augenblick nicht anwesend - ist das ganze Parlament eine einzige Bürokratie, ein einziges Investitionshemmnis. Ich glaube, es ist wohl klar, daß wir als Parlament und insbesondere als Oppositionsfraktionen das nicht akzeptieren können.

(D)

Ich empfinde es als Zumutung, pauschal solche Riesensummen zu verabschieden zu sollen, ohne überhaupt zu ahnen, was konkret gefördert werden soll.

Ja, es gibt sogar diesen ominösen Vermerk, der ausdrücklich zuläßt, daß Ausgaben aus diesem Handlungsrahmen zusätzlich zu den an anderer Stelle des Haushalts veranschlagten Ausgaben zugelassen sind; oder, anders ausgedrückt: daß der Grundsatz der sachlichen Spezialität - Sie erinnern sich an das Verfassungsgerichtsurteil zu diesem Punkt - wieder einmal über das zulässige Maß hinaus ausgehebelt wird, indem nämlich eine Übersicht im Haushalt nicht mehr vorhanden ist. - Ich werde Ihnen das an einem Bei-

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

spiel gleich noch aufzeigen. - Das ist die haushalts-systematische oder haushaltstechnische Anarchie, die hier praktiziert wird. Sie können die Ausgaben veranschlagen, wo Sie wollen. Haushaltskontrolle durch das Parlament ist so nicht mehr möglich. Sie freut das vielleicht, uns nicht.

Wohin das führt, das zeigt das Sammelsurium der Strukturhilfeprojekte. Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen. Wild durcheinander auf der Liste der Strukturhilfeprojekte - das ist die Art, in der auch die Fördermaßnahmen für den "Handlungsrahmen Kohlere Regionen" ablaufen werden - stehen: Qualifizierungsmaßnahmen an Berufsschulen, Geräteinvestitionen an Fachhochschulen, Baumaßnahmen an Schulen, Instandsetzung von Studentenwohnheimen, Einrichtung einer Großküche, Anlegen von Parkplätzen, Gefährdungsabschätzungen und Brachflächenaufbereitungen, Videokonferenzstudios für eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft einer Kleinstadt, Kanalsanierungen, Fernsehtechnik für Oberhausen, Thermalbäder, Autowrackverwertung, Dorfplatzgestaltung, Anlage eines Dorfplatzes, Ortsdurchfahrten, Talsperrensanierung, Bürokommunikation für die öffentliche Verwaltung und so weiter, und so fort.

(B) Ob das nun Strukturhilfe ist, ob das nun der Versuch ist, Wirtschaftsförderung auf eine sinnvolle Art zu betreiben, das ist nicht glaubwürdig. Hier geht es vielmehr praktisch darum, Lücken zu schließen, und zwar dort, wo reguläre Landesmittel fehlen. Dazu ist die Strukturhilfe verkommen. Wir fürchten eben, daß mit der Wirtschaftsförderung genau dasselbe passiert. Dahinter steckt kein innovatives Konzept, sondern es ist ein profillooses Sammelsurium von Einzelmaßnahmen. Ich will Ihnen zwei Beispiele anführen, die mir besonders aufgefallen sind.

Es wird also aus der Strukturhilfe - Strukturhilfe ist ja ein hoher Anspruch - gefördert: die Fenstererneuerung in einer Hochschulbibliothek und die Instandsetzung des Chemieabwässernetzes einer Universität. Das muß man sich einmal vorstellen. Das ist Ihre Strukturhilfe: Fenstererneuerung in einer Hochschulbibliothek! So weit sind wir gekommen, daß das praktische Wirtschaftspolitik ist!

Ich habe großes Verständnis dafür, daß Sie, Herr Wirtschafts- oder Herr Finanzminister, diese Liste nur

so ungern herausgeben

(Minister Schleußer: Völlig falsch!)

und daß Sie sich bei der Wirtschaftsförderung - also bei der Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur" und bei der EG-Förderung - bis heute weigern, diese Listen herauszugeben, denn es wäre ein abgrundtief peinliches Schauspiel für Sie, wenn wir diese Listen hier einmal durchgingen und Ihnen vorhielten, was Sie wirklich fördern.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Projekt für Projekt!)

- Projekt für Projekt, genau! Das ist genau der Punkt. Das ist die Förderung nach Gutsherrenart. Bei der ist nämlich entscheidend, ob der Minister gerade seine Spenderhosen anhatte, und nicht, ob diese oder jene Maßnahme in ein regionalwirtschaftliches Konzept paßte.

An den Beispielen Oberhausen und Bochum zeigt sich doch genau, daß hier keine regionalwirtschaftliche Abstimmung stattgefunden hat.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz [SPD])

(D) Beide Projekte finden sich nicht in den regionalen Entwicklungskonzepten, die Sie den Regionen doch gerade vorgeschlagen haben und die die Regionalpolitik auf eine neue Qualitätsstufe bringen sollen. Diese Projekte, die zusammen 150 Millionen DM gekostet haben, sind in keiner Regionalkonferenz beraten worden. Das ist doch der Witz! Und da wollen Sie uns hier erzählen, Sie machten neue Regionalpolitik. Das ist wirklich absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses "Management by friendship", wie es hier genannt wurde - zu deutsch: Filz -, ist auch demokratiefeindlich, denn wir im Parlament haben keine Chance nachzuvollziehen, was Sie in Wirklichkeit machen.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sie sollten über Ihren eigenen Filz nachdenken!)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Ich will Ihnen als letztes ein konkretes Beispiel nennen - hören Sie von der SPD-Fraktion gut zu; ich weiß nicht, ob Sie das unterstützen -:

Wir haben mit Freude - oder mit Genugtuung - festgestellt, daß die Förderung des Luftverkehrs im Haushalt 1992 von 100 Millionen DM auf 60 Millionen DM zurückgegangen ist. Wir dachten, das sei ein Erfolg unserer Kritik. Aber, siehe da, bei Durchsicht der Liste der Strukturhilfeprojekte haben wir festgestellt, daß über diesen Weg sage und schreibe 110 Millionen DM zur Förderung des Luftverkehrs in Nordrhein-Westfalen finanziert werden sollen. Man sagt dem Parlament also: Wir haben die Luftverkehrsförderung gekürzt - es ist ja umweltfeindlich usw. Tatsächlich wollen Sie die Mittel sogar aufstocken.

Das ist Wirtschaftsförderung nach Gutsherrenart! Das ist undemokratisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen offenlegen, was Sie tatsächlich fördern.

(B) Herr Minister Einert - er ist leider gerade nicht da - streut immer Märchen ins Land und sagt: Der Bund und die EG machen das. Das ist falsch! Sie, die Landesregierung und der Wirtschaftsminister, bestimmen, welche Projekte im Planungsausschuß beantragt werden. Sie beantragen sie beim Planungsausschuß Bund-Länder, diese beantragen sie bei der EG. Wirtschaftsförderung ist Landeskompetenz. Sie allein sind verantwortlich für die Projekte, die Sie fördern. Daran werden wir Sie messen. - Danke!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

Finanzminister Schleußer: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, daß sich der Kollege Schauerte auf einem wichtigen Geburtstag befindet. Darum habe ich auch Verständnis dafür, daß er jetzt noch nicht anwesend sein kann. Aber ich meine, daß man nicht daran vorbeikommt, auf das, was er zu Beginn gesagt hat, einzugehen: neue Nach-

(C) denklichkeit, ein neuer Stil. Ich wäre sehr daran interessiert gewesen, dies bei diesen Nachtragshaushaltsplanverhandlungen zu erleben.

Bei der Debatte um den Nachtragshaushalt vorgestern - es waren sechs Stunden - und bei der Diskussion über den Landesentwicklungsbericht gestern ist gesagt worden, Nordrhein-Westfalen solle die Gesamtverantwortung mit wahrnehmen. Ich sage: Wir tun das.

Aus der mittelfristigen Finanzplanung wird abgeleitet, daß keine Veränderungen der neuen Position erkennbar ist. Ich sage: Wer so vorgeht, wer das so darstellt, ignoriert, was im Haushalt gesagt worden ist, was bei der Haushaltseinbringung gesagt worden ist und was auch bereits vollzogen wurde. Nur:

Wer hier von Gemeinsamkeit spricht, muß mit einbringen, daß Gemeinsamkeit nur möglich ist, wenn sich alle Ebenen - Bund, Länder und Gemeinden - auf diese Gemeinsamkeit zubewegen. Wenn ich mir die mittelfristige Finanzplanung des Bundes ansehe, stelle ich aber fest, daß man da nichts von den neuen Entwicklungen und der neuen Situation merkt. Das heißt:

- in Nordrhein-Westfalen verlangen, wozu man in Bonn die Kraft nicht aufbringt,
- nicht zur Kenntnis nehmen, was das Kabinett beschlossen hat,
- nicht zur Kenntnis nehmen, wie wir uns in Nordrhein-Westfalen darauf einstellen.

(D) Es ist ein Brief zitiert worden, den ich an meine hessische Kollegin geschrieben habe und von dem ich nichts zurückzunehmen habe. Es ging um die Diskussion des vergangenen Jahres zur Mehrwertsteuer.

Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich in der Mehrwertsteuerfrage eine von der Mehrheit abweichende Position hatte und habe, daß ich geglaubt habe, daß auch bei der Mehrwertsteuer sozialverträgliche Lösungen zu finden sind. Als die Umsetzung aktuell wurde, habe ich genauso deutlich gesagt, daß Steuererhöhungen nicht in diese Zeit, nicht in diese Landschaft gehören.

(A) (Minister Schleußer)

Es ist ja nicht so, Herr Dr. Linssen, als gebe es keine Gespräche mit der Bundesregierung und mit den übrigen Ländern - von denen ja einige noch CDU- oder CSU-regiert sind;

(Heiterkeit bei der F.D.P. - Abgeordneter Diegel [CDU]: Es werden wieder mehr!)

von den alten sind es noch zwei. Wir werden übermorgen sehen, wie es. Es ist so, daß es in den Gesprächen, die ich als Vorsitzender des Finanzausschusses und der Finanzministerkonferenz führe, unter allen Finanzministern viele Gemeinsamkeiten gibt. Ich sage offen: Alle Finanzminister, gleichgültig welcher Mehrheit sie angehören, haben so ihre Probleme mit der jeweiligen Opposition, weil man nur ungern sieht, was da an Notwendigkeiten gegeben ist und wie wir uns verhalten müssen.

Wir haben uns bei der letzten Steuerrechtsänderung auch über die Unternehmenssteuerreform und das, was notwendig ist, um den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik zu stärken, unterhalten. Herr Dr. Linssen, es gab viele übereinstimmende Positionen, auch insoweit übereinstimmende Positionen, daß für den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik nicht nur die Unternehmenssteuer und die Unternehmensbesteuerung entscheidend sind, sondern daß eine Reihe von weiteren Faktoren notwendig und teilweise gewichtiger sind als die Unternehmenssteuerreform. Die Position der Landesregierung und meiner Partei ist immer klar gewesen.

(B)

Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, Ungereimtheiten innerhalb der Unternehmenssteuerreform aufkommensneutral zu begradigen.

Wir haben uns in den Gesprächen nicht verschlossen, diesen Weg mitzugehen, und sehr frühzeitig angeboten, das nicht mehr auf die Enge des Vermittlungsausschusses zusammenzudrängen, sondern früh damit zu beginnen, in gemeinsamen Gesprächen nach Lösungen zu suchen, damit nicht - wie das dem Bund so häufig und so leicht gelingt - eine Ebene unter die Räder gerät und es für die Länder negativ ausgeht. Dazu haben wir eine Vielzahl von Erfahrungen sammeln dürfen und müssen.

(C)

Als der Herr Kollege Schauerte von der neuen Nachdenklichkeit und vom neuen Stil sprach, habe ich eine ganze Zeitlang geglaubt, er hätte meine Einbringungsrede vom September 1991, vom Angebot zur Gemeinsamkeit, gelesen,

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

hätte gelesen, was das Handeln der Landesregierung ausmacht, und auch noch einmal das Angebot an das gesamte Parlament mitzurwirken.

Ich könnte ihm heute sagen, daß wir nicht stehengeblieben sind, sondern es in dieser schwierigen Zeit zusätzlich Ergebnisse der Landesregierung gibt, miteinander umzugehen und fertigzuwerden. Wir haben einen "Handlungsrahmen Personal" beschlossen, wohlwissend, daß dieser große Block der Personalausgaben deutlich mitbestimmen wird, was in den nächsten Jahren noch geleistet werden kann. Auch dazu habe ich die Diskussion in den letzten beiden Tagen gehört, was gerade im Personalbereich alles zusätzlich notwendig und zwingend ist.

Dann ist es nicht mehr sehr glaubwürdig, absinkende Investitionsleistungen auf der einen Seite zu beklagen, wenn man auf der anderen Seite den Bereich der konsumtiven Ausgaben nach oben schiebt. Wer Investitionsausgaben bei nicht mehr vorhandenen Verteilungsspielräumen steigern will, muß wissen, daß konsumtive Ausgaben - das sind nun einmal überwiegend Personalausgaben - darunter leiden.

(D)

Wir haben Mittel umgeschichtet und dem Arbeitsstab Aufgabenkritik neue Möglichkeiten zugewiesen, weil wir davon überzeugt sind, daß viele Bereiche der Landesverwaltung dahingehend untersucht werden müssen, ob sie ihre Aufgaben noch in dem Maße wahrnehmen, ob diese Aufgaben noch notwendig sind. Sehen Sie sich doch einmal an, was - beginnend ab 1990 - in dieser Legislaturperiode dazu auf den Weg gebracht worden ist. Es gibt keinen wichtigen Bereich, der besonders kostenintensiv ist und nicht von uns gemeinsam auch mit Instituten untersucht wird, um Objektivität hineinzubringen.

Ich finde, wenn wir uns gemeinsam bemühen, die Ergebnisse zu analysieren und uns nicht auf den

(A) (Minister Schleußer)

Schlagabtausch "Kienbaum-Gutachten - Schule" beschränken, gibt es viele Möglichkeiten zur Gemeinsamkeit - wenn man sie denn will!

Herr Kollege Schauerte, daß die WFA nicht außen vorbleiben durfte, kann ich verstehen. Sie war fast während des ganzen Jahres 1991 Gegenstand der Auseinandersetzung. Sie haben davon gesprochen, daß es kein Entgelt gibt. Ich hatte Ihnen damals schon dargelegt, daß das zu Beginn nicht fixierbar ist, wenn nicht einmal feststeht, wie hoch das haftende Kapital zu bewerten ist, wenn nicht feststeht, welche anderen Normen mitgelten.

Sie wissen wie ich, daß die grundsätzliche Notwendigkeit des Entgelts nie in Frage gestellt worden ist.

Was Sie damals nicht gesagt haben und heute nicht sagen können oder nicht sagen wollen, ist, daß es auch eine Menge Rationalisierungsmöglichkeiten und -effekte gibt, die wir ausnutzen werden. Auch das ist unsere Auffassung gewesen.

Ich bin davon überzeugt, daß wir eine positive Bilanz darstellen können. Herr Schauerte, unabhängig davon wer die Positionen unserer Kreditwirtschaft akzeptiert - seien es die Privatbanken, die Genossenschaftsbanken und die öffentlich-rechtlichen Banken -, muß dieser auch dazu bereit sein, den öffentlich-rechtlichen Banken das Leben in einer verschärften Konkurrenzsituation zu ermöglichen. Das tun wir.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Im Übermaß!)

- Das tun wir im Rahmen unserer Möglichkeiten, ohne Haushaltsmittel zu mobilisieren.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Im Übermaß!)

Zu Ihrer Bemerkung von der neuen Nachdenklichkeit und dem neuen Stil paßt sehr gut - weil das die Gemeinsamkeiten fördert - das Thema "Der Finanzminister und sein eigener Wahlkreis" und was dazu an Diskussionen und Vorwürfen in den letzten Wochen vorgebracht worden ist.

Dazu sage ich Ihnen: In Nordrhein-Westfalen gibt es das LDS, das sorgfältig notiert, was an Landesleistungen in die einzelnen Kreise und Gemeinden geflossen

(C)

ist. Ich biete Ihnen auch an dieser Stelle wieder Gemeinsamkeit an: Lassen Sie uns doch einmal einen solchen Ausdruck im Vergleich zwischen 1975 und 1991 anstellen und vergleichen, was wohin geflossen ist und wer privilegiert worden ist.

Wir werden dabei zu beeindruckenden Ergebnissen kommen. Sie werden feststellen, daß der Wahlkreis, aus dem der Finanzminister kommt, keineswegs zu den privilegierten gehört, sondern eher in eine andere Ecke gestellt werden müßte.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: 1992 ist dran!)

Herr Kollege Schauerte, Sie fragen, wo denn die Stimme des Finanzministers in der Tarifaueinandersetzung bleibt. - Auch darüber haben wir hier häufig genug geredet. Auch das könnten Sie bereits im Zusammenhang mit der Einbringungsrede nachlesen. Sie könnten ergänzend nachlesen, was in der Aktuellen Stunde gesagt worden ist. Das will ich hier gerne auch noch einmal auf den Punkt bringen und wiederholen:

Alle Welt weiß, daß in Tarifaueinandersetzungen Geschwätzigkeit besonders teuer ist, und zwar besonders teuer für die öffentliche Hand. Darum werden Sie von mir nicht erwarten können, hier anzuheizen oder begleitend tätig zu werden. Wir sind Mitglied der TdL, und das, was im Auftrag der TdL verhandelt wird, Herr Kollege Schauerte, ist auch die Position Nordrhein-Westfalens und dieser Landesregierung.

(D)

Meine Damen und Herren, ich hatte eben gesagt: Wenn man die Debatte der letzten Tage Revue passieren läßt, dann wäre es vielleicht sinnvoller gewesen, Herr Schauerte, Sie hätten Ihre neue Nachdenklichkeit über die Gesamtverantwortung, Ihren neuen Stil, soweit er denn erkennbar war, vorgestern zum Ausdruck gebracht. Vielleicht wären uns dann viele Stunden erspart geblieben, in denen die vereinte Opposition nur auf alten, eingefahrenen Wegen diskutiert hat und in denen bei der Einzeldebatte

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

(A) (Minister Schleußer)

- Sie können das doch nicht leugnen; hier sind doch einige, die es durchaus mitbekommen haben, wenn Sie es nicht mitbekommen haben sollten - wirklich Ignoranz vor den neuen Herausforderungen festzustellen war.

(Beifall bei der SPD)

Es geht auch um eine viel wichtigere Geschichte, Herr Kollege Schauerte: Als gestern über den Landesentwicklungsbericht diskutiert und dargestellt worden ist, in wie vielen Punkten Nordrhein-Westfalen auf einem guten Wege ist, haben Sie an eine Regierungserklärung erinnert: Nordrhein-Westfalen soll/wird wieder Nr. 1 werden! Dazu sage ich Ihnen: Vieles ist gestern gesagt worden. Ich will mich auf die Daten und Fakten zum Haushalt und zu den Finanzen beschränken. Denn zur Gemeinsamkeit gehört auch ein wichtiger Punkt, nämlich sich auf die Grundlagen, auf die Fakten zu verständigen und nicht von einer Basis aus zu reden, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Damit bin ich bei den Steuereinnahmen. Nordrhein-Westfalen hat in den Jahren 1985 bis 1991 eine Steigerung seiner Steuereinnahmen um 37,1 % gehabt; in den übrigen alten Flächenländern waren es 31,5 %. Dann muß man doch zur Kenntnis nehmen - das haben Sie eben auch noch gesagt -: Steuermehreinnahmen signalisieren wirtschaftliches Wachstum.

Nehmen Sie doch auch solche Fakten zur Kenntnis, und berücksichtigen Sie diese: Steuerfinanzierungsquote des Haushalts, für jeden Finanzpolitiker ein sehr wichtiger und gewichtiger Punkt! Nordrhein-Westfalen hatte 1985 einen steuerfinanzierten Anteil von 72,9 %. Wir haben in 1991 einen steuerfinanzierten Anteil von 79,2 %. Der Vergleich sieht so aus, daß die alten Länder 1985 noch mit uns gleichstanden und 1991 auf 71,1 % zurückgefallen sind. Keine Aussage zu dem, wie konsolidiert worden ist!

Dann sage ich Ihnen weiter: Kein einziges Land hat so massiv auf die Ausgabenbremse getreten wie Nordrhein-Westfalen in zehn Jahren, zehn Jahre lang als Block gesehen.

(C)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Bis 1989!)

- Bis 1991, Herr Kollege Schauerte! Nordrhein-Westfalen hatte bis einschließlich 1991 eine Steigerungsrate im Durchschnitt über alle zehn Jahre von 3,0 %. Und die Länder, die Sie sehr häufig als Beispiel nehmen? Baden-Württemberg hatte eine Steigerung um 4,5 % in den zehn Jahren im Durchschnitt, Bayern eine Steigerung um 4,1 % in den zehn Jahren im Durchschnitt. Alle Flächenländer zusammen - auch wiederum nur die alten - hatten eine Steigerung von 4,1 %.

Sie sagten dann, das habe nur bis 1991 gegolten, und dann seien wir vom Weg der Tugend abgewichen, oder wie Sie das auch immer formulieren wollen. 1991 hatte Nordrhein-Westfalen - -

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: 1989!)

- Ich sage Ihnen doch: Das waren Zahlen bis 1991, die ich Ihnen genannt habe!

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Nennen Sie doch einmal die von 1989 und 1990!)

- Ich bin doch dabei! 1991 nenne ich Ihnen noch. Da hatte Nordrhein-Westfalen eine Steigerung um 5,2 %. Das war hinter Hessen die zweitniedrigste der alten Bundesländer. Alle übrigen Flächenländer hatten, wenn Nordrhein-Westfalen noch mit seiner niedrigen Steigerungsrate dazugerechnet wird, im Durchschnitt 6,7 %. Ich finde, das ist auch ein Fakt, den man zur Kenntnis nehmen muß, wenn man vom umgebremsten Ausgabenwachstum in Nordrhein-Westfalen redet.

(D)

Ich wiederhole hier: Gemeinsamkeit kann nur zustande kommen, wenn man sich auf gemeinsame Positionen verläßt.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte die Ausgaben je Einwohner ergänzen, Herr Kollege Schauerte: Nordrhein-Westfalen 4 145 DM in 1991, die übrigen Flächenländer 4 623 DM. Bei den Personalausgaben das gleiche Bild: Nordrhein-Westfalen 1 620 DM, die übrigen Flächenländer ohne NRW 1 846 DM.

(A) (Minister Schleußer)

Daß wir beim Abbau der Neuverschuldung schneller und intensiver weitergekommen sind, haben wir häufig genug dargelegt. Kein anderes Land hat von der Spitze der Neuverschuldung zu Beginn der 80er Jahre schneller und intensiver abgebaut, als wir das getan haben.

Ich habe wiederholt gesagt, daß wir jeden Vergleich mit dem Bund aushalten, auch was unsere Verschuldung angeht. Jürgen Büssow hatte gestern in der Debatte schon beeindruckende Zahlen genannt. Nur, Herr Kollege, ich bedaure wie Sie, daß die Wahrheit und die Fakten über das Land viel schwieriger zu transportieren sind als Parolen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. So wird das wohl auch noch eine ganze Zeit bleiben; denn wer käme darauf, festzustellen, nicht nur, daß wir nur die Hälfte der Zinslastquote des Bundes haben, sondern daß Nordrhein-Westfalen ein Land ist, das mit seinem Anteil von Verschuldung und Kreditaufnahme am Haushalt die EG-Norm erfüllt und weit unterhalb dessen liegt, was im Bund und auch bei den anderen Ländern zu erkennen ist.

(Beifall bei der SPD)

(B) Vizepräsident Schmidt: Herr Finanzminister, lassen Sie eine Frage von Herrn Schauerte zu?

Finanzminister Schleußer: Ich sehe, daß ich noch sieben Minuten Redezeit habe. Herr Kollege Schauerte, wir haben noch so viel Gelegenheit, miteinander zu diskutieren. Das können wir dann gern fortsetzen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber wir können dann nicht zuhören!)

Vizepräsident Schmidt: Also keine Zwischenfragen. Gut!

Finanzminister Schleußer: Nein, ich glaube, wir müssen gemeinsam zur Kenntnis nehmen, daß wir in einer völlig veränderten politischen Welt leben. Das begreifen immer mehr, zumindest diejenigen, die nüchtern herangehen und sich nicht von Ideologie

(C)

leiten lassen. Daß jetzt nicht mehr reicht, was wir in den vergangenen Jahren getan haben, ist deutlich. Es reicht vor allen Dingen nicht mehr, Probleme zu analysieren und dann mit alten Methoden zu korrigieren versuchen. Wir müssen auch nach neuen Wegen suchen, neue Antworten finden. Was nicht mehr geht, ist, die Einigungskosten weiterhin kreditzufinanzieren. Wir haben die Verschuldung des Gesamtstaates in der Aktuellen Stunde dargestellt. Vierzig Jahre haben wir gebraucht, um eine Billion DM Schulden anzusammeln, keine fünf Jahre, um sie zu verdoppeln. 1982, Herr Kollege Schauerte, waren es noch 50,4 Milliarden DM Zinsleistungen aller staatlichen Ebenen, 1995 werden es 176 Milliarden DM sein.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Genau das habe ich gesagt!)

Das ist eine beeindruckende Summe. Darauf kann man nicht mit alten Ritualen reagieren. Da geht es um neue Lösungsansätze.

(Beifall bei der SPD)

Sie konnten eben nicht anwesend sein; ich hatte die Hoffnung, Sie hätten meine Einbringungsrede gelesen, in denen ich Ihnen ein solches Angebot gemacht habe. Kollege Schauerte, dann wieder Erinnerung an die letzten beiden Tage! Sagen Sie mir einen einzigen Tagesordnungspunkt, in der die vereinigte Opposition nicht in jedem Einzelfall von den Katastrophen geredet hätte. Es war geradezu eine Inflationierung dieses Begriffes, den Sie hier in den letzten beiden Tagen geboten haben; weiß Gott keine gute Ausgangslage für Gemeinsamkeiten, die wir suchen wollen. Ich sage, wir haben unsere Vorschläge gemacht. Wir sind bereit, diesen Weg zu gehen, nur es muß dann ein gemeinsamer Weg sein. Es kann nicht angehen - wie das in der Vergangenheit war -, daß man nicht einmal mehr Fakten nennen kann. Warum kann man nicht sagen, daß die höchste Belastung der Bürger, die jetzt zustande gekommen ist, und die Ergebnisse, die das gebracht hat, sich ausschließlich in den Kassen des Bundes wiederfinden?

(Abgeordneter Büssow [SPD]: So ist es!)

Ich kann Ihnen die letzte Steuerschätzung nennen mit den 103 Milliarden DM, die die öffentlichen Hände in

(D)

(A) (Minister Schleußer)

dem nächsten Finanzplanungszeitraum mehr erhalten. 103 Milliarden DM - das ist eine beeindruckende Summe. Davon erhält der Bund 81 Milliarden DM,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Hört, hört!)

die neuen Länder 17,1 Milliarden DM, die EG 11,1 Milliarden DM - Steuerschätzungszahlen. Damit es sich wieder auf 103 Milliarden DM einpendelt, weil es viel mehr als die 103 Milliarden DM ist, werden die alten Länder 7 Milliarden DM zahlen und die alten Gemeinden 2 Milliarden DM. Das sind die Fakten. Dann können Sie doch nicht sagen, das sei nicht so gewesen.

Ich könnte und müßte von Risiken reden, weil das auch zur Gemeinsamkeit gehört. Es geht darum: Wie wird sich die Einnahmeentwicklung wirklich darstellen? Wir haben sicherlich noch keine Rezession, aber deutliche konjunkturelle Einbrüche. Wann wird die Steuererwartung nach unten korrigiert? Wissen Sie oder ich es mit letzter Sicherheit?

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Nach den Wahlen!)

(B)

Vor uns steht die Zinsbesteuerung. Alle Welt glaubt, das bringt mehr in die Kassen der öffentlichen Hand. Ich sage Ihnen, wenn dieser Regierungsentwurf umgesetzt wird, ist damit festgelegt, daß in den Kassen von Nordrhein-Westfalen eine Milliarde DM weniger ankommen wird und nicht mehr.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Wunderbar!)

Wir hoffen, das geändert zu bekommen. Auch da reden wir mit der Bundesregierung über den Weg, der dort möglich ist, damit es zumindest nicht zu Belastungen kommt; von Entlastung will ich nicht reden.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Andernfalls zahlen Sie mehr Zinsen, das wissen Sie ganz genau! - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Milchmädchenrechnung!)

Die Anpassung der steuerlichen Grundfreibeträge - - Ich habe meine Zweifel, ob das, was Waigel plant, umzusetzen ist und gemacht werden kann oder ob das

(C)

Bundesverfassungsgericht wieder einmal ein Gesetz, eine Vorgabe, für nicht in Einklang mit dem Grundgesetz erklärt. Sollte das kommen - was ich befürchte -, würde das Einnahmeausfälle von 30 Milliarden DM für die gesamten öffentlichen Hände ausmachen. Nordrhein-Westfalen wäre mit 3 Milliarden DM dabei.

So summiert sich das. Transferleistungen in 1993 und ausfallende Bundesmittel in der Größenordnung von 6,3 Milliarden DM, eine Reihe von nicht quantifizierbaren Risiken bei den Steuereinnahmen ist wohl Anlaß, gemeinsam darüber nachzudenken, ob wir uns das "klein-klein" der letzten Tage erlauben können. Ich sage Gemeinsamkeit und wiederhole da, was ich zum Abschluß der Aktuellen Stunde gesagt habe: Wir in Nordrhein-Westfalen - die Landesregierung - sind bereit, unseren Beitrag für die Gemeinschaftsinitiative aller staatlichen und gesellschaftlichen Gruppen zu leisten. Ich wiederhole das. Ich sage genauso deutlich: Diese Bereitschaft ist bedroht, wenn Repräsentanten der Bundesregierung als erstes nur der Abbau von Sozialleistungen einfällt.

(Beifall bei der SPD)

Teilen - und dazu sind wir bereit - setzt mehr und nicht weniger soziale Gerechtigkeit voraus. Ich sage Ihnen abschließend: Wenn es je eine Zeit gegeben hat, in der starke Schultern mehr tragen müssen als schwache, dann ist es die heutige Zeit.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Finanzminister Schleußer. Für die GRÜNE-Fraktion hatte sich der Kollege Appel gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Wo ist das Sternchen?)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man soll im Haushalt Dinge zur Sprache bringen, die wichtig sind, aber auch Geld kosten. Nordrhein-Westfalen hat eine Menge Geld dafür ausgegeben, und wir sind

(A) (Appel [GRÜNE])

- auch als GRÜNE - der Landesregierung dankbar für ihren Einsatz für bessere menschliche Verhältnisse in Kurdistan. Die Landesregierung hat hier dankenswerterweise viel humanitäre Hilfe nach dem Golfkrieg geleistet. Ich denke, das ist beispielhaft.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich meine, daß wir aber auch in der Pflicht sind, in der derzeitigen Situation - und wir werden ja heute noch eine von allen Parteien mitgetragene Erklärung zur Kenntnis bekommen - alles zu tun, um Zuspitzungen für die Angehörigen des kurdischen Volkes zu vermeiden.

Wir GRÜNEN teilen nicht bestimmte Formen des Widerstandes, die Menschenleben aufs Spiel setzen. Wir meinen aber auch, man darf der türkischen Regierung derzeit keinen Anlaß geben, um weiter einzelne Menschen zu verfolgen.

Deswegen bitten wir die Landesregierung, wie die Bundesländer Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Berlin es bereits getan haben, einen sechsmonatigen Abschiebestopp nach § 54 Ausländergesetz vorläufig zu erlassen. Wir meinen, daß dieses sofort geschehen sollte. Wir denken, da so etwas zwar nicht viel, aber Geld kostet, ist der Haushalt die richtige Stelle, um dieses zu beantragen.

(B)

Wir möchten Sie bitten, in diesen Akt der humanitären Hilfe einzustimmen. Ich denke, es gibt keine Gründe, anders zu verfahren, als es andere Bundesländer bereits getan haben. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Appel. - Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Rau.

Ministerpräsident Dr. Rau: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat am vergangenen Dienstag nach Gesprächen mit den zuständigen Ministern einen Abschiebestopp verfügt; er ist noch nicht umgesetzt. Seine Frist ist noch nicht entschieden. Ich habe im Kabinett erklärt, daß ich den

(C)

Wunsch habe, daß wir nach vier Wochen über die Situation erneut sprechen und dann die Frist entscheiden. Die meisten Länder haben sich für sechs Monate entschieden. Wahrscheinlich ist das die richtige Lösung.

Ich hoffe, daß die internationale Diskussion, die in den letzten zehn Tagen stattgefunden hat, dazu führt, daß die Bedrängungen und Bedrückungen der kurdischen Minderheit in der Türkei endlich ein Ende nehmen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich hoffe, daß nicht ständige Terroranschläge der PKK immer wieder Vorwände für solche Unterdrückung von Minderheiten liefern.

(Allgemeiner Beifall)

Ich habe in der vergangenen Woche darüber ein Gespräch mit Barzani geführt, der hier gewesen ist. Wir helfen da, wo wir können. Wir wollen uns nicht überheben. Wir müssen auch wissen, daß es sich um einen Personenkreis handelt, der nicht klein ist.

Über die Kosten müssen wir dann miteinander sprechen. Aber ich konnte dem Kabinett noch keine bestimmte Frist vorschlagen, so daß ich auch noch keine bestimmte Zahl nennen kann.

(D)

Wir würden auf den Landtag zukommen, wenn sich hier eine neue Situation ergäbe.

Kein Kurde wird gegenwärtig in die Türkei abgeschoben!

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Für die SPD-Fraktion hatte sich Herr Abgeordneter Trinius noch zu Wort gemeldet. Bitte sehr!

Abgeordneter Trinius⁷ (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Beifall des ganzen Hauses war zu entnehmen, daß das

(A) (Trinius [SPD])

ganze Haus, alle Fraktionen, der soeben vom Ministerpräsidenten abgegebenen Erklärung zustimmt. Ich habe die Frage an die Fraktion DIE GRÜNEN, ob sie nicht daraufhin ihren Antrag zurückziehen könnte. Ich glaube, das wäre der Situation und der Erklärung des Ministerpräsidenten angemessen.

(Beifall bei der SPD)

Es sind in der Debatte ein paar merkwürdige Äußerungen gefallen. Manchmal hat man den Eindruck, es wird auch einfach nicht zugehört. Herr Kollege Wickel, es tut mir leid; Sie haben behauptet, wir sähen die Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens in einem ganz engen Zusammenhang mit der deutschen Einheit. Ich habe hier gesagt:

Weder 1990 noch 1991, weder vor noch nach Herstellung der deutschen Einheit hatten wir das Geld, um 17 000 oder 25 000 zusätzliche Stellen bereitzustellen.

Wenn wir über die deutsche Einheit reden, dann reden wir bitte so darüber, daß wir das, was wir sagen, vor unseren Bürgern in Nordrhein-Westfalen und vor jedermann in den fünf neuen Ländern vertreten können! Ich glaube, ich habe mich bemüht, das heute auch zu tun, wie es mein Kollege Büssow gestern getan hat.

(B)

Dann war davon die Rede, das Haus sei marode. Gemeint war Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Sie brauchen nur heute wieder das "Handelsblatt" aufzuschlagen, 3. April 1992, großer Artikel "Der Strukturwandel im Ruhrgebiet ist überwiegend schon geschafft". Das steht darin.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Die Fakten auch!)

Das Ruhrgebiet hat die beste Entwicklung von allen alten Industrieregionen genommen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

(C)

Vergleichen Sie doch einmal die Ruhr mit dem Neckar, ich kann mir vorstellen, daß die Baden-Württemberger, die in Monopolstrukturprobleme hineingeraten, eines Tages hierherkommen werden. Und wir laden sie herzlich ein - wie heute schon Tschechen, Polen, Leute aus den neuen Ländern, aus Mittelengland oder aus Nordfrankreich -, sich das anzusehen und mit uns darüber weiter nachzudenken: Wie kann man eine Region wie das nördliche Ruhrgebiet, gekennzeichnet von der Emscher, modern entwickeln, ökologisch, wirtschaftlich, zum Wohnen, Erholen, Sich-freuen in diesem Lande? Das wird interessant.

(Beifall bei der SPD)

Das Land ist nicht marode, ganz im Gegenteil!

(Beifall bei der SPD)

Die GRÜNEN beklagen eine globale Minderausgabe. Genau über diese globale Minderausgabe und für wichtige sozialpolitische Fragen Geld bereitstellen zu können - Maßregelvollzug mit 13 Millionen DM, "Therapie jetzt" mit 10 Millionen DM -, genau darüber hatte der Landtag eine erneute Abstimmung hier im Plenum begehrt. Und diese globale Minderausgabe, um das abdecken zu können, hat im Landtag die denkbar breiteste Mehrheit gefunden. Ich weiß nicht mehr, ob die GRÜNEN dabei mitgemacht haben, aber bitte.

(D)

Denken Sie bei Gelegenheit einmal an Ihre Deckungsvorschläge, Herr Kollege Dr. Busch! Da denken Sie sich ein Gesetz aus und mutmaßen, ein solches Gesetz könne zu Einnahmen führen. Und diese mutmaßlichen Einnahmen eines gedachten Gesetzentwurfs setzen Sie als Deckungsvorschlag in den Haushalt ein. Das war Ihre erste große finanzpolitische Leistung in diesem Landtag. Das werde ich nie vergessen, und das bekommen Sie noch öfter von mir zu hören.

"Spendierhosen der Minister"! Wenn es überhaupt ein Programm gibt, bei dem das nicht funktionieren könnte, dann sind das die Strukturhilfemittel des Bundes. Da kann ein Minister hier allein nicht entscheiden, auch der Finanzminister und der Fachminister nicht. Darüber entscheiden auch Bundesfachminister und Bundesfinanzminister.

(A) (Trinius [SPD])

Eingefordert war eigentlich eine neue Nachdenklichkeit; Sie hatten sie angekündigt. Wir alle, die demokratischen Kräfte, müssen darüber nachdenken: Wie kann die neue Legitimationsgrundlage des Staates, des Gemeinwesens, bei so völlig veränderten Voraussetzungen aussehen? Ich hoffe, daß Sie zu dieser neuen Nachdenklichkeit auch in dieser Frage noch ein bißchen offener werden, wenn wir den 5. April hinter uns haben. Die Wahrheit muß auf den Tisch. Wer sie nicht vor dem 5. April auf den Tisch legt, der wird gezwungen werden, damit am 6., 7., oder 8. April überzukommen. Das braucht das Volk; es will Klarheit. Nur wenn alle wissen, worum es geht, welche Möglichkeiten wir haben, welche Chancen und welche Gefahren es gibt, ist das Volk in der Lage, beherzt und dann auch sicher die Möglichkeiten und Aufgaben zu ergreifen, die gelöst werden müssen. Ich will von den Gefahren etwas wissen, damit ich der Gefahr entgehen und die Chance um so besser ergreifen kann. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Meine Damen und Herren, gibt es noch Wortmeldungen? - Bitte, Frau Kollegin Höhn!

(B)

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Herr Trinius, Sie haben eben noch einmal die GRÜNEN-Fraktion gefragt, wie sie es mit ihrem Antrag hält. Ich muß zunächst sagen: Vielen Dank, Herr Rau, für die klaren Worte, dafür, daß Sie gesagt haben: Momentan werden hier keine Kurden abgeschoben. Das widerspricht im gewissen Sinne dem, was wir jeden Tag in der Fraktion erfahren. Wir bekommen Anrufe von Kurden, die abgeschoben werden sollen. Wir nehmen mit Dankbarkeit entgegen, daß offensichtlich von Ihrer Seite klar ist: Es werden keine Kurden abgeschoben. Wir werden das weitergeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden unseren Antrag aufgrund dieser klaren Worte heute zurückziehen. Wir werden natürlich beobachten, was in den nächsten vier Wochen passiert, welche Entscheidungen die Landesregierung

trifft, und gegebenenfalls erneut einen Antrag einbringen.

Sie sind etwas die Antwort schuldig geblieben, Herr Rau, auf die Frage, warum Sie nicht sofort die Lösung wie in den anderen Ländern gewählt haben, also den sechsmonatigen Abschiebestop hier eingeführt haben. Aber wir hoffen, daß am Ende das, was in Nordrhein-Westfalen in die Praxis umgesetzt wird, der Lösung entspricht, die jetzt in vielen anderen Bundesländern zugunsten der Kurden praktiziert wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Wir nehmen zur Kenntnis, daß der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/3555 zurückgezogen worden ist und über ihn nicht mehr abgestimmt werden muß.

Herr Kollege Wickel hatte sich noch für die F.D.P.-Fraktion zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Eine persönliche Erklärung! Er muß sich entschuldigen!)

(D)

Abgeordneter Wickel⁹ (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Trinius, wenn wir uns schon vorhalten, nicht richtig zuhören zu können, dann war das, was Sie eben von sich gegeben haben, überhaupt nicht im Zusammenhang mit dem, was vorher lief. Ich habe mich - und bleibe dabei - mit der Drucksache 11/3527 befaßt. Da wird erwähnt: keine Verteilungsspielräume mehr, 150 Milliarden DM, die in die neuen Länder transferiert werden müssen, und auf der Seite 2 geht es weiter:

Alle alten Bundesländer sind gezwungen, Eingriffe in das Bildungswesen zu machen. So werden Lehrer mehr unterrichten müssen und Klassen größer werden, weil ...

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wer das hier hineinschreibt und das in den vorgestellten Zusammenhang,

(A) (Wickel [F.D.P.]

Herr Dr. Dammeyer, mit der deutschen Einheit bringt, der muß sich vorhalten lassen, daß er jetzt wirklich die Flucht aus zwölf Jahren verfehlter Politik antritt,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

um mit der deutschen Einheit und einem Entschließungsantrag aus dem Schneider zu kommen. Das muß hier klargestellt werden; das haben nicht wir verfaßt, das hat die SPD-Fraktion verfaßt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Kollege Wickel! - Gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Tagesordnungspunkt Nachtragshaushalt 1992? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung und bitte die Damen und Herren Abgeordneten, für die Schlußabstimmung Platz zu nehmen.

(Unruhe)

- Einige hören noch nicht genau hin. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen im Rund, für die Schlußabstimmung Platz zu nehmen.

(B)

Meine Damen und Herren, wir stimmen zunächst über das Nachtragshaushaltsgesetz 1992 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt, den Gesetzentwurf in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung entsprechend der Drucksache 11/3450 anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das Nachtragshaushaltsgesetz 1992 mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN in dritter Lesung verabschiedet.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen dann zur Abstimmung über die verschiedenen Entschließungsanträge, zunächst über den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion der CDU Drucksache 11/3523. Wer für den Entschließungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen

(C)

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/3525. Hierzu hat die Fraktion DIE GRÜNEN Einzelabstimmung beantragt. Ich lasse deshalb zunächst über die Punkte 1 und 2 der Drucksache 11/3525 abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der F.D.P. ist dieser Bereich mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 3 in Drucksache 11/3525. Wer ist für Ziffer 3? - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Dieser Absatz ist mit den Stimmen der SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/3527. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen.

(D)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß der Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/3555 nach der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten zurückgezogen ist und deshalb nicht mehr zur Abstimmung steht.

Meine Damen und Herren, bevor wir diesen Tagesordnungspunkt verlassen, möchte ich Sie noch einen Augenblick um Geduld bitten. Es geht um eine

Gemeinsame Erklärung der Fraktionen der SPD, der CDU, der F.D.P. und DIE GRÜNEN.

Bevor ich die übereinstimmende Erklärung verlese, möchte ich einen kleinen Vorspann zur Kenntnis geben:

Dieser Antrag ist nach Verhandlungen zustande gekommen, die allen Fraktionen Zugeständnisse